



# Kompass „C“

Das christliche Menschenbild  
als Grundlage für die Politik der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



# Kompass „C“

Das christliche Menschenbild  
als Grundlage für die Politik der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

# Vorwort

## Das „C“ ist und bleibt aktuell



**Volker Kauder MdB**  
Vorsitzender der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wir leben in einer sich ständig wandelnden Welt. In unserem Land geht es den Menschen seit Jahren ein Stück besser. Wir leben in Frieden. Nahezu jeder, der arbeiten will, hat heute eine Beschäftigung. Die Einkommen steigen.

Dennoch verlangt diese Welt viel von uns allen ab. Die Anforderungen am Arbeitsplatz ändern sich. Das Zusammenwachsen der Welt hat zur Folge, dass viele Entscheidungen nur nach internationalen Absprachen getroffen werden können, meist auf EU-Ebene, oft auch darüber hinaus. Die Bürgerinnen und Bürger fragen nach Orientierung. Sie fragen auch die Politik, woran sie sich misst, ob ihre Entscheidungen noch von Grundwerten getragen sind oder alles letztlich nur auf eine immer neue Abwägung von Interessen hinausläuft.

Wir von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion können anders als andere im Bundestag eine Antwort geben. Ja, wir haben einen Kompass. Es ist das christliche Menschenbild. Gleich in doppelter Weise wird darauf im Namen unserer Fraktion durch den Buchstaben „C“ verwiesen. Wir sind die Christdemokraten und die Christsozialen.

Doch was bedeutet es, wenn die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion darauf hinweisen, Politik auf Grundlage des christlichen Menschenbilds zu gestalten? Das

werden wir oft gefragt. In dieser Broschüre geben wir eine Antwort. Sie fällt nicht leicht, weil auch schon die Aussagen aus der Heiligen Schrift vielfältig interpretierbar sind. Aus ihr dann noch eine Art Kondensat zu bilden und zu erklären, was nun genau das christliche Menschenbild ausmacht, ist sicher ebenso anspruchsvoll.

Ich bin daher dankbar, dass wir in diesem Band Impulse aus den beiden großen christlichen Kirchen erhalten. Das ist für uns sehr wertvoll. Wir wollen auch in Zukunft einen engen Kontakt mit ihnen halten. Für uns bleiben die Kirchen Gesprächspartner, Berater und auch Wegweiser.

Wer aufzeigen will, was das christliche Menschenbild ausmacht, muss das auf die einzelnen Politikbereiche herunterbrechen. Auf den folgenden Seiten werden dies viele führende Fraktionsmitglieder tun, aber auch gleich drei unserer Bundesminister. Auch dafür bin ich dankbar.

Unsere Fraktion hat sich in den vergangenen Jahren einem Thema sicher besonders angenommen. Es ist die Religionsfreiheit und der Schutz der Christen im Speziellen. Wir haben dieses Thema auf die politische Tagesordnung in Deutschland gesetzt, aber auch weltweit. Besonders stolz bin ich, dass wir zur Stärkung eines internationalen Netzwerks von Parlamentariern beitragen konnten.

Alle Beiträge in diesem Band zeigen es: Das „C“ ist und bleibt eine Richtschnur für unsere Politik. Sie hat Gültigkeit aus guten Gründen. Der Verweis auf das „C“ hat Inhalt und Substanz.

Wolfgang Kauder

# Inhalt

- 2 Vorwort  
Volker Kauder
- 7 **Christliche Verantwortung und Politik**  
Reinhard Kardinal Marx
- 13 **Christlicher Glaube und politische Verantwortung**  
Heinrich Bedford-Strohm
- 19 **Das „C“ als Richtschnur für die Politik**  
Volker Kauder
- 25 **Religion und Entwicklung – eine starke Verbindung**  
Dr. Gerd Müller
- 31 **Bewahrung der Schöpfung und Ernährung  
der Bevölkerung – ein Widerspruch?**  
Christian Schmidt
- 37 **Pflege als Dienst am Menschen**  
Hermann Gröhe
- 43 **Religiöse Vielfalt in Deutschland**  
Dr. Franz Josef Jung
- 47 **„Für eine gute Welt und eine  
verantwortungsbereite Gesellschaft  
müssen wir kämpfen“**  
Interview mit Deidre Berger und Düzen Tekkal

- 55 **Gehört der Islam zu Deutschland?**  
Ahmad Mansour
- 61 **Die verheerende Lage christlicher Minderheiten  
in nichtdemokratischen Ländern**  
Prof. Dr. Thomas Schirrmacher
- 69 **Religionsfreiheit fördern, Christen schützen**  
Gespräch mit Prof. Dr. Heribert Hirte
- 73 **Die Internationale Parlamentarierversammlung  
für Religionsfreiheit**
- 79 **Freiheit in Verantwortung – Das christliche  
Menschenbild und unsere aktuelle Wirtschafts-  
und Sozialpolitik**  
Interview mit Dr. Michael Fuchs und Peter Weiß
- 85 **Verzweifeln die Verzweiflung nehmen,  
nicht das Leben**  
Michael Brand
- 90 **Kirchen- und religionspolitische Bilanz der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der 18. Wahlperiode**
- 92 Impressum





# Christliche Verantwortung und Politik

Welche Impulse kann die Politik heute aus der christlichen Botschaft ziehen?



**Reinhard Kardinal Marx**  
Vorsitzender der Deutschen  
Bischofskonferenz

Wenn man heutzutage über das Verhältnis von Christentum und Politik spricht, stößt man häufig auf zwei Meinungen oder Vorurteile, die eigentlich entgegengesetzt sind, aber trotzdem miteinander zusammenhängen:

Der eine, gerade in letzter Zeit wieder häufiger zu vernehmende Vorwurf lautet, die Kirche engagiere sich zu sehr in politischen Fragen und werde selbst zu einer Art Partei. Diese Position verkennt, dass sich die Kirche nicht etwa politisch betätigt, sondern dass sie selbst politisch ist, weil die christliche Botschaft eine politische Dimension hat. Dabei geht es der Kirche aber nicht darum, Politik zu ersetzen oder selbst Politik zu machen. Sie will vielmehr Politik möglich machen, also einen Horizont aufzeigen, der Fragen aufwirft, die vielleicht sonst nicht gestellt werden. Deshalb beansprucht die Kirche auch nicht, das größere Detailwissen und die besseren Rezepte als die Politik und die Parteien zu haben. Papst Benedikt XVI. hat das in der Enzyklika „Caritas in veritate“ so formuliert: „Die Kirche hat keine technischen Lösungen anzubieten und beansprucht keineswegs, ‚sich in die staatlichen Belange einzumischen‘. Sie hat aber zu allen Zeiten und unter allen Gegebenheiten eine Sendung der Wahrheit zu erfüllen für eine Gesellschaft, die dem Menschen und seiner Würde und Berufung gerecht wird.“ (CiV 9)

Insofern greift es zu kurz, den Platz der Kirche nur im kirchlichen Raum zu verorten. Man kann nicht einfach

sagen, die Kirche sei für den Glauben und den Gottesdienst da, sie habe sich aber aus den öffentlichen Angelegenheiten herauszuhalten. Das entspricht weder der geistigen noch der rechtlichen Tradition unseres Landes, die den Kirchen und der Religion einen öffentlichen Platz zuerkennt. Wie nah die pastorale Botschaft und ihre politische Dimension liegen, verkörpert Papst Franziskus, von dem bei seiner Wahl und nach seiner Ankündigung, an die Ränder zu gehen, alle annahmen, sein Pontifikat habe nun einen eher pastoralen Ansatz. Das stimmt auch, aber sein überaus politisches Pontifikat zeigt, wie zugleich hochpolitisch die Botschaft Jesu Christi ist.

## Evangelium gibt Richtungen an

Das andere große, immer wiederkehrende Missverständnis im Verhältnis von Christentum und Politik ist, aus der Bibel Einzelanweisungen für das politische Handeln herauslesen zu wollen. Vor allem die Forderungen der Bergpredigt verführen dazu, hieraus ein Leitbild für die Politik machen zu wollen. Im Grunde kann es keine „christliche Politik“ im Sinne eines eindeutig aus dem Evangelium ableitbaren politischen Programms geben. Damit ist aber nicht ausgesagt, dass die christliche Botschaft keine Bedeutung für die Politik besitzt. Das Evangelium gibt Richtungen an und zeigt, von welchem Standpunkt aus man die politische Gestaltung der Welt in den Blick nimmt.

## Einsatz für gerechte Strukturen und die Zuwendung zum Einzelnen

Die praktischen Folgen hat Papst Franziskus mit dem Wort der „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ aufgezeigt, das er am 8. Juli 2013 bei seiner Reise auf die Mittelmeerinsel Lampedusa geprägt hat. Wie der barmherzige Samariter aus dem Lukas-Evangelium nicht an dem am Wegesrand liegenden, von Räubern überfallenen Mann vorbeigehen konnte, sondern ihm helfen musste, so gilt es auch heute, der Versuchung von Gleichgültigkeit im politischen Handeln zu widerstehen. In der Soziallehre

gilt dieses Gleichnis vom barmherzigen Samariter zwar als Beispiel dafür, dass eine karitative Zuwendung zum Einzelnen nicht ausreicht, sondern dass es auch gerechte Strukturen (um im Bild des Gleichnisses zu bleiben: sicherere Straßen) braucht. Im Umkehrschluss genügt es aber auch nicht, sich nur für eine gute Ordnung einzusetzen; man muss sich auch vom Leid anderer berühren lassen. Beides ist in der Politik erforderlich: der Einsatz für gerechte Strukturen und die Zuwendung zum Einzelnen. Im Übrigen gilt die Diagnose einer „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ nicht nur für Lampedusa, sondern im Sinne der Ränder, an die uns Papst Franziskus zu gehen auffordert, überall. Genau diese Situationen, wo es der Gleichgültigkeit gegenüber den Ausgegrenzten, den Marginalisierten, den Namenlosen, zu widerstehen gilt, sind Praxisfelder einer Politik, die sich von christlichen Werten leiten lässt.

## Ausrichtung an der menschlichen Freiheit und der Bereitschaft zur Solidarität

Das Gegenstück zur Gleichgültigkeit bildet die Solidarität. Denn wo Solidarität herrscht, wird der Gleichgültigkeit eine Grenze gesetzt. Verantwortliches Handeln aus christlicher Perspektive bedarf aber auch der Freiheit, denn nur in Freiheit kann man Verantwortung übernehmen und sich für das Gute entscheiden. Mit der Ausrichtung an den Grundwerten der menschlichen Freiheit und der Bereitschaft zur Solidarität wird der Weg zum christlichen Menschenbild gewiesen. Das christliche Menschenbild ist eine Art Kompass, an dem sich Politik ausrichten kann. Allerdings ist auch die Orientierung am christlichen Menschenbild kein Rezeptbuch für jedes politische Handeln, das Lösungen für bestimmte Sachfragen zur Hand gibt. Es bleibt dabei, dass es keine christliche Politik, sondern nur Politik auf der Grundlage des christlichen Glaubens und des christlichen Menschenbildes geben kann. Es gibt also eine Politik, die an den Grundoptionen des Evangeliums nicht vorbeigeht.

Hier setzt die Verantwortung der Laien an. Seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil ist der mündige Laie Leitbild für

das Verhältnis der Kirche zur Welt. So wird in Nummer 43 der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ auf die besondere Rolle der Laien verwiesen, die „eigentlich, wenn auch nicht ausschließlich, zuständig [sind] für die weltlichen Aufgaben und Tätigkeiten“. Wie das Zweite Vatikanische Konzil lehrt, sollen Christen ein Vorbild dafür sein, wie man pflichtbewusst handelt und sich für das Gemeinwohl einsetzt. Dabei zollt die Kirche denjenigen, „die sich zum Dienst an den Menschen für das Wohl des Staates einsetzen und die Lasten eines solchen Amtes tragen, Anerkennung und Achtung“ (GS 75). Und im Hinblick auf die Grundsätze von Freiheit und Solidarität sprechen die Konzilsväter davon, dass die Christen, die sich in politische Ämter rufen lassen, „durch ihre Tat zeigen [sollen], wie sich Autorität mit Freiheit, persön-

Basis für die Politik der CDU/  
CSU-Bundestagsfraktion ist  
das christliche Menschenbild.  
Das Kreuz im Fraktionssaal  
ist Symbol für dieses Werte-  
verständnis.



liche Initiative mit solidarischer Verbundenheit zum gemeinsamen Ganzen, gebotene Einheit mit fruchtbarer Vielfalt verbinden lassen“ (GS 75).

„Politik ist eine sehr hohe Berufung,  
weil sie das Gemeinwohl anstrebt“

Die Kirche ist in der modernen Gesellschaft nur insoweit gegenwärtig und wirksam, als „das Zeugnis der Christen“ reicht (GS 76). Fehlt dieses Zeugnis, so berührt dies auch den Stellenwert von Glauben und Kirche in einer Gesellschaft. Wie „der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen [lebt], die er selbst nicht garantieren kann“, wie dies Ernst-Wolfgang Böckenförde in seinem berühmten Diktum vor 50 Jahren ausgedrückt hat, so ist auch die Kirche in Bezug auf ihre gesellschaftliche Relevanz davon abhängig, dass sich christliche Laien im Staate engagieren und auf diese Weise die Werte des Christentums in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens vorleben. Im Apostolischen Schreiben „Evangelii gaudium“ hat Papst Franziskus die Politiker positiv herausgestellt – ein Urteil, das sich wohltuend abhebt von der heute sich verbreitenden Diffamierung derjenigen, die sich für das Gemeinwesen einsetzen. Der Papst schreibt: „Ich bitte Gott, dass die Zahl der Politiker zunimmt, die fähig sind, in einen echten Dialog einzusteigen, der sich wirksam darauf ausrichtet, die tiefen Wurzeln und nicht den äußeren Anschein der Übel unserer Welt zu heilen! Die so in Misskredit gebrachte Politik ist eine sehr hohe Berufung, ist eine der wertvollsten Formen der Nächstenliebe, weil sie das Gemeinwohl anstrebt.“ (EG 205)

Die Mündigkeit der Laien ist unvollständig, wenn nicht zugleich auch eine gesellschaftliche Pluralität zur Anerkennung kommt: Aus diesem Grund betont „Gaudium et spes“, dass „niemand das Recht hat, die Autorität der Kirche ausschließlich für sich und seine eigene Meinung in Anspruch zu nehmen“. (GS 43) In dieser Formulierung kommt die Anerkennung einer innerkirchlichen Meinungsvielfalt in den Fragen der Welt zum Ausdruck, die heute das Verhältnis zwischen den politischen Parteien



und der Kirche bestimmt. Viele Programmpunkte und Entscheidungen einer politischen Partei erscheinen heute im Licht der katholischen Glaubens- und Sittenlehre „indifferent“. Hier gilt, an die Mahnung des Zweiten Vatikanischen Konzils zu erinnern, dass es „in Fragen der Ordnung irdischer Dinge“ auch unter Christen „berechtigte Meinungsverschiedenheiten“ geben kann (GS 75).

## Orientierung am christlichen Wertekanon ist immer neu einzulösen

Welche Verpflichtung beinhaltet dann in einer pluralen Gesellschaft und in einem säkularen Staat das „C“ für eine Partei? Eine politische Partei ist keine kirchliche Einrichtung, sondern dem Wohl des ganzen Volkes verantwortlich. Wenn sie sich „christlich“ nennt, so bedeutet das nicht kirchliche Bevormundung oder unreflektierte Verpflichtung auf die Verkündigung der Kirchen (die ja auch nicht immer einheitlich ist). Das „C“ ist vielmehr das Bekenntnis zur christlichen Wertefundierung der eigenen Politik. Die Herausforderungen, die sich der Politik stellen, sind ja nicht spezifisch christlich. Anders verhält es sich mit den Antworten darauf. Orientiert sich die Politik an christlichen Werten bzw. am christlichen Menschenbild, dann gewinnen auch die Lösungen einen spezifisch christlichen Charakter. Viele Konfliktfelder zwischen den christlichen Werten und dem politischen Handeln beruhen auf der unterschiedlichen Reichweite ihrer Handlungsperspektive. Während die christlichen Werte allgemeingültig sind, also in einem universalen Horizont stehen, liegen die Handlungsfelder der Politik in der Regel eher im Nahbereich, in Bezug auf konkrete Aufgabenfelder des politischen Raums, deren Bewältigung pragmatische Lösungsansätze erfordern. Genau in diesem spannungsreichen Verhältnis, in der Transformation christlicher Grundsätze in politische Lösungen, liegt die unverzichtbare Aufgabe der christlichen Politiker und Parteien. Auf jeden Fall ist die bewusste Orientierung am christlichen Wertekanon ein hoher Anspruch, der immer neu einzulösen ist. Ich bin dankbar für jeden Christen und jede Christin, die sich in diesem Sinn politisch engagieren zum Wohl aller Menschen.

# Christlicher Glaube und politische Verantwortung

Die Bedeutung von Martin Luthers  
Zwei-Regimenten-Lehre heute

Worin ist das politische Reden von Kirche begründet? Diese Frage lässt sich aus lutherischer Perspektive aus der entsprechenden theologischen Tradition beantworten. Genau diese Tradition ist jedoch in der Geschichte des Luthertums immer wieder missinterpretiert und zuweilen schlimm missbraucht worden. Es handelt sich um die lutherische Zwei-Reiche-Lehre, die aus meiner Sicht präziser als „Zwei-Regimenten-Lehre“ zu bezeichnen ist.



**Heinrich Bedford-Strohm**  
Ratsvorsitzender der Evangelischen  
Kirche in Deutschland

Es geht um zwei Regierweisen Gottes

Der Begriff „Zwei-Reiche-Lehre“ ist deshalb anfällig für Missverständnisse, weil er den Eindruck erweckt, als handle es sich beim geistlichen „Reich“, in dem der Glaube und das Evangelium gilt, und beim weltlichen „Reich“, in dem die Vernunft gilt, um zwei voneinander getrennte Bereiche. Lutherische Theologen haben auf der Basis dieser falschen Vorstellung in der Zeit des Dritten Reiches die Herrschaft der Nationalsozialisten und ihre brutalen Methoden damit gerechtfertigt, dass man das Evangelium eben nur im geistlichen Reich als handlungsleitend sehen könne und im weltlichen Reich eben eigene Gesetze gelten würden. Widerspruch auf der Basis der humanitären Kerngehalte des Evangeliums wurde so erstickt. Der entscheidende Fehler dieser Interpretation war, dass sie Gottes Herrschaft über beide Reiche nicht angemessen erfasste. Gott regiert im geist-





„Am Anfang war das Wort.“  
Das ist das Motto der Lutherdekade – hier umgesetzt als Installation aus Bücherregalen.

lichen Reich und Gott regiert im weltlichen Reich. Gott ist im weltlichen Reich kein anderer als im geistlichen Reich. In beidem ist er der Gott, der sich in Jesus Christus offenbart hat. Deswegen ist zwar die Regierweise unterschiedlich, nicht aber die ethische Grundorientierung. Weil es also nicht um zwei Reiche, sondern zwei Regierweisen Gottes geht, deswegen ist der Ausdruck „Zwei-Regimenten-Lehre“ präziser.

### Luther war auch Politik-Berater

Worum geht es dabei? Um zu verstehen, welche hohe Relevanz die Zwei-Regimenten-Lehre heute nach wie vor hat, müssen wir zunächst erfassen, mit welcher Ausgangsfrage Luther seine dafür einschlägige Schrift „Von weltlicher Obrigkeit“ geschrieben hat. Luther war neben



vielen anderen auch Politik-Berater. Fürsten fragten ihn um Rat, wenn es um politische Entscheidungen ging. Umso brennender stellte sich die dahinter stehende Grundfrage: Wie kann ein gläubiger Christ überhaupt Verantwortung im politischen Bereich üben und wie geht er dabei mit Gottes Geboten um?

Für Luther waren die Gebote der Bergpredigt verbindlich für einen Christen. Wie sollte nun der Fürst – oder – in heutiger Redeweise – der Politiker damit umgehen? „Ich aber sage euch, dass ihr nicht widerstreben sollt dem Übel, sondern: wenn dich jemand auf deine rechte Backe schlägt, dem biete die andere auch dar. Und wenn jemand mit dir rechten will und dir deinen Rock nehmen, dem lass auch den Mantel. Und wenn dich jemand nötigt, eine Meile mitzugehen, so geh mit ihm zwei“ (Mt 5,39-41). Dass dieses Gebot in Spannung steht mit einem von Verantwortung geprägten politischen Handeln, ist unmittelbar plausibel. Luthers Antwort war: Die Gebote der Bergpredigt lassen sich nicht direkt auf den politischen Bereich übertragen, da unter den Bedingungen der Sünde dem Bösen gewehrt werden muss. Dass die Gebote der Bergpredigt für Politiker einfach außer Kraft gesetzt werden können, hat er nicht gesagt.

**Hören wir Luther im Originalton:**

„Denn wenn das nicht wäre, zumal alle Welt böse und unter Tausenden kaum ein rechter Christ ist, würde eins das andere fressen, so daß niemand könnte Weib und Kind aufziehen, sich nähren und Gott dienen, womit die Welt wüst würde. Darum hat Gott zwei Regimente verordnet: das geistliche, welches Christen und fromme Leute macht durch den heiligen Geist, unter Christus, und das weltliche, das den Unchristen und Bösen wehrt, daß sie äußerlich Frieden halten und still sein müssen, ob sie wollen oder nicht... Wenn nun jemand die Welt nach dem Evangelium regieren und alles weltliche Recht und Schwert aufheben und vorgeben wollte, sie wären alle getauft und Christen, unter denen das Evangelium kein Recht noch Schwert haben will, und wo es auch nicht nötig ist: Lieber, rate, was würde derselbe machen? Er würde den wilden, bösen Tieren die Bande und Ketten auflösen, daß sie jedermann zerrissen und zerbissen, und daneben vorgeben, es wären feine, zahme, zutrauliche Tierlein.“

## Beharren auf dem Schutz der Schwachen

Luther geht es hier nicht darum, der Welt eigene Gesetze zuzubilligen. Sondern es geht ihm schlicht und einfach um das Recht und seine wichtige Funktion für den Schutz der Schwachen. Wo niemand den Schwachen zum Recht verhilft, setzen sich die Starken durch. Wo die staatliche Gewalt nicht eingreift, triumphiert die Rücksichtslosigkeit. Es ist die im Evangelium gegebene Orientierung an der Liebe, die Luther so leidenschaftlich für das Recht eintreten lässt. Wer heute auf bestimmte Mechanismen in der Wirtschafts- und Finanzwelt schaut, sieht schnell, wie hochaktuell Luthers Beharren auf dem Schutz der Schwachen mit dem Mittel staatlicher Ordnung ist. Ich selbst kann durch Rechtsverzicht Nachteile in Kauf nehmen. Wenn andere aber die Zeche zahlen, habe ich die Liebespflicht, ihnen zu Hilfe zu kommen und dem Unrecht entgegenzutreten. Dass Luther sich so leidenschaftlich in Politik und Wirtschaft eingemischt hat, etwa in der Zurückweisung ungerechter Kriege oder in der drastischen Kritik an den Praktiken der multinationalen Konzerne seiner Zeit, liegt genau darin begründet. Was ihn leitet, ist die biblische Option für die Armen. Wo den Armen Unrecht geschieht, muss ein Christ aus Liebe politisch Einspruch erheben.

„An dir und an dem Deinen“ – sagt Luther – „hältst du dich nach dem Evangelium und leidest Unrecht als ein rechter Christ für dich. An dem andern und an dem Seinen hältst du dich nach der Liebe und leidest kein Unrecht für deinen Nächsten – was das Evangelium nicht verbietet, ja vielmehr an anderer Stelle gebietet.“

## Hohe ethische Qualität der Politik

Ich lese Luthers Aussagen als Plädoyer für einen bewussten Umgang mit dem christlichen Glauben in der Politik. Politik ist kein schmutziges Geschäft. Politik ist die Aufgabe, das Recht so zu gestalten, dass es für Gerechtigkeit sorgt, Frieden wahrt und Schwache schützt. Die Bergpredigt wird dadurch nicht außer Kraft gesetzt. Ihre Grundimpulse werden nur so in die Politik eingebracht,



Am 31. Oktober 1517 heftete Martin Luther der Überlieferung zufolge seine 95 Thesen an die Tür der Schlosskirche zu Wittenberg. 500 Jahre später machen Touristen Fotos von der Thesentür.

dass das darin liegende Ziel, Frieden zu schaffen und die Schwachen zu schützen, auch wirklich erreicht werden kann – und dazu gehört dann eben auch die Durchsetzung des Rechts mit staatlicher Zwangsgewalt, wo andere Wege nicht mehr möglich sind.

Wegen dieser hohen ethischen Qualität der Politik, ist es Zeit, dem Beruf des Politikers endlich die Würdigung zu geben, die er verdient. Politik gehört in der Werteskala der Berufe ganz nach oben. Politische Entscheidungen prägen das Leben der Menschen in immer höherem Maße. Daran mitzuwirken, dass es die richtigen, ethisch auch wirklich verantwortbaren Entscheidungen sind, gehört zu den ethisch gehaltvollsten Aufgaben unserer Zeit. Wer pauschal „die Politiker“ abqualifiziert, hat keine Ahnung, wovon er redet. Sowohl was die Persönlichkeiten betrifft, die in der Politik tätig sind, ist das Spektrum vielfältig, als auch was die ethischen Standards betrifft. Und auch die politischen Programme unterscheiden sich. Es verlangt zwar eine gewisse Anstrengung, sich darüber zu informieren. Aber wer sich dazu nicht in der Lage sieht, sollte wenigstens auf pauschale Abwertungen verzichten. In der Ziellinie des christlichen Glaubens liegt nicht die Lehnstuhlkritik, die in Wirklichkeit nichts zum Besseren wendet. Sondern in der Ziellinie des christlichen Glaubens liegen die engagierte und kritische Einmischung und die Mitwirkung in politischen Initiativgruppen und politischen Parteien.

# Das „C“ als Richtschnur für die Politik

Der Freiheit wohnt eine Verantwortung inne



**Volker Kauder MdB**  
Vorsitzender der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In diesem Jahr erinnern gerade wir Christdemokraten uns ganz besonders an Konrad Adenauer, den ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, den ersten CDU-Vorsitzenden und die prägende Gestalt Nachkriegsdeutschlands und der bundesdeutschen Politik nach 1949. Mit seinem Tod vor fünfzig Jahren endete in unserem Land eine Epoche. Als „Mann der ersten Stunde“ war der rheinische Katholik Adenauer ein Glücksfall für Deutschland und Europa. Seine Verwurzelung im Christentum, die ihn selbst vor einer Verstrickung in den Nationalsozialismus bewahrt hatte, bildete für den Gestalter des Parlamentarismus der jungen Republik die Grundlage

des politischen Handelns. Für das am Boden liegende und vielfach zerstörte Land war die Kraft, die Adenauer ganz maßgeblich aus seinem Glauben zog, ein Segen. Sie wirkt bis heute nach. Die Übernahme von Verantwortung für die Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus, die Verankerung der Bundesrepublik im Westen, die soziale Marktwirtschaft und das Wirtschaftswunder, die europäische Einigung – all dies baut auf den Werten der Christdemokratie auf, wurde von Christdemokraten wie Adenauer vorangetrieben und gestaltet.

Was wir bewirken können, ist Menschenwerk

Dabei hat auch der erste Bundeskanzler nie eine im eigentlichen Sinne christliche Politik angestrebt. Er verkörperte

zwar durchaus ein politisches Handeln unter Gottes Segen, im Sinne und auf der Grundlage der christlichen Botschaft, stand aber nicht für den Wunsch und den Anspruch, letzte Entscheidungen für die Ewigkeit zu treffen. Auch heute kann man sagen: Gott sitzt nicht im Parlament, die Bundesrepublik als Staat hat keine Religion – alles, was wir gestalten und bewirken können, ist Menschenwerk und durch die Zeit bedingt. Nicht zuletzt ist Politik die Kunst des Möglichen, und die beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit.

Dies verweist auf eine ständige Herausforderung, in stets neuen Zusammenhängen nach zeitgemäßen Antworten zu suchen, wie wir auf der Grundlage christlicher Werte, eines christlichen Menschenbildes, in Verantwortung vor Gott und im Sinne der Menschen gestalten können.

## Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes

Wenn wir uns im Jahr 2017 selbstbewusst zum „C“ als Richtschnur für die Politik bekennen, dann wählen wir zwar andere Worte als seinerzeit Konrad Adenauer. Denn vieles hat sich in den vergangenen 68 Jahren verändert, nicht nur die Art und Weise, die eigene geistige Heimat zu beschreiben. Dennoch hat sich unser Bekenntnis nicht gewandelt.

Die Grundlagen der politischen Arbeit der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sind und bleiben die Verantwortung vor Gott, die Verpflichtung gegenüber dem christlichen Menschenbild, der Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Ohne diesen Bezug auf den Schöpfungsakt ist der Schutz der Würde des Menschen, wie ihn uns das Grundgesetz aufgibt, nicht zu verstehen oder zu denken. Sie steht nicht frei gesetzt im Raum.

## Zur Freiheit berufen, zur Freiheit befreit

Eine politische Haltung, die auf dem christlichen Menschenbild aufbaut, ist vor allem der Freiheit verpflichtet, der Freiheit jedes einzelnen Menschen. Der Apostel

Paulus hat diesen Freiheitsbegriff in seinem Brief an die Gemeinde in Galatien vor langer Zeit auf den Punkt gebracht:

Ihr aber, Brüder und Schwestern, seid zur Freiheit berufen. Allein seht zu, dass ihr durch die Freiheit nicht dem Fleisch Raum gebt, sondern durch die Liebe diene einer dem andern. Denn das ganze Gesetz ist in dem einen Wort erfüllt: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! (Galater 5,13-14).

Bei unserem politischen Handeln halten wir uns an die Freiheitsdefinition des Paulus. Es darf nicht Sinn und Inhalt der Politik sein, diese Berufung zur Freiheit etwa durch bürokratische Schranken und staatliche Besserwisserei zu vernichten. Im Gegenteil, der Staat ist aus unserem Verständnis heraus verpflichtet, sie nur in Fällen, in denen das Recht des Einzelnen gegen die Interessen der Allgemeinheit abgewogen werden muss, gut begründet einzuschränken. Er hat sich außerdem dem Prinzip der Subsidiarität zu unterwerfen, nach dem die übergeordnete Ebene immer nur das regeln darf, was die untergeordnete nicht aus eigener Kraft erreichen kann. Der Kern dieser Gesellschaftsordnung aber ist die Familie, deren Entscheidungshoheit zuerst steht.

Gleichzeitig verweist Paulus auf eine Bedingung, die wir gerade in unserer Zeit nicht aus den Augen verlieren dürfen. Freiheit ist immer die Freiheit für etwas, ihr wohnt eine Verantwortung inne. Sie ist nicht grenzenlos, sondern auf den Nächsten, das Gegenüber bezogen.

Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes heißt für mich daher eine dem Einzelnen verpflichtete, die Gesellschaft als Ganzes in den Blick nehmende Gestaltungsaufgabe. Wenn in unserer Zeit darüber diskutiert wird, dass es einer Leitkultur bedarf, eines gemeinsamen Leitbildes für eine scheinbar auseinanderbrechende Gemeinschaft, dann führt für uns der Weg dorthin über den Begriff der Freiheit, aber eine solche, die eben nicht auf eine grenzen- und verantwortungslose Selbstverwirklichung zielt, sondern einer Berufung folgt.

Wie aber findet sich das „C“ als Richtschnur in unserem Handeln wieder? Ich will zwei Beispiele aus der derzeitigen 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages nennen:

## Einsatz für die Menschenwürde bis zum Lebensende

Eine große Herausforderung für das Parlament stellte die Frage dar, ob die Sterbehilfe gesetzlich geregelt werden müsse. Angesichts der großen Verunsicherung vieler Menschen, die sich aus den zahlreichen Fragen speist, die mit dem Tod verknüpft sind, war es auch für den Deutschen Bundestag nicht einfach, dieses Thema klar und mit Bedacht zu regeln. Die Angst vor dem Leiden, das aus einer unheilbaren Krankheit entstehen kann, die Sorge, die Kontrolle über das eigene Leben an Apparate abzugeben, die Frage nach den Auswirkungen auf das eigene Umfeld, die eigene Familie – viele Faktoren spielen sowohl in der eigenen Wahrnehmung als auch in der öffentlichen Debatte eine Rolle. Dass es einen Regelungsbedarf gab, ergab sich aus der unklaren Rechtslage, die hilfeschuchende Menschen im Zweifel ließ.

An die Einbringung im Parlament schloss sich eine über ein Jahr dauernde Debatte an: Verschiedene parteiübergreifende Abgeordnetengruppen schlossen sich zusammen und diskutierten mit Sachverständigen. Jeder einzelne Parlamentarier musste dabei eine Entscheidung für sich selbst treffen und begründen. Die Fraktionen gaben keine Linie vor.

Die Parlamentarier berieten schließlich zu vier Gesetzentwürfen, die von einem kompletten Verbot der Suizidbeihilfe bis zu einer ausdrücklichen Erlaubnis für Ärzte und Organisationen reichten, diese zu leisten. 360 von 602 abgegebenen Stimmen entfielen auf den Gruppenantrag um Michael Brand (CDU) und Kerstin Griese (SPD), der ein Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe vorsah.

Die lange, ernsthafte Diskussion hatte einen Wert für sich – ein schwieriges Thema, der Tod und das Sterben, wurde aus der Tabuzone geholt. Dabei wurde vor allem klar, wie wichtig es ist, für eine umfassende und quali-



fizierte Begleitung und Betreuung alter und todkranker Menschen zu sorgen. Ein Ergebnis der damaligen intensiven Beratungen ist es, dass der Deutsche Bundestag für eine Stärkung und den Ausbau der Palliativmedizin, die sich um die Begleitung und Betreuung Sterbender bemüht, entschieden hat. Uns hat dabei der Grundsatz geleitet, dass Menschen nicht durch die Hand eines anderen, sondern an der Hand eines anderen sterben können sollen.

Gleichzeitig hat es der Deutsche Bundestag aus Respekt vor der Selbstbestimmung, die ebenfalls ein wesentlicher Bestandteil der Menschenwürde ist, bewusst vermieden, den Suizid unter Strafe zu stellen. Jeder kann weiterhin selbst über sein Leben entscheiden. Aber – und das hat das Parlament in seiner Mehrheit klargestellt: Es gibt keinen Anspruch darauf, dass ein anderer dabei hilft. Es ist und bleibt die Herausforderung des täglichen Lebens, Sterbende zu begleiten, statt sie allein zu lassen. Ein Geschäft mit der Sterbehilfe lassen wir nicht zu.

## Einsatz für Religionsfreiheit

Bei einer internationalen Konferenz 2016 in Berlin setzten sich 100 Abgeordnete aus aller Welt für mehr Glaubensfreiheit ein.

Auch der Einsatz der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag für die Religionsfreiheit im Allgemeinen und für bedrängte und verfolgte christliche Glaubensgeschwister im Besonderen ist ein Einsatz für die Freiheit. Das Menschenrecht auf Glaubens- und Bekenntnisfreiheit



schützt und bedingt vor allem eine freie Lebenspraxis – das Recht darauf, nach den eigenen Überzeugungen im Alltag zu leben. In Zusammenarbeit mit einer großen, internationalen Gemeinschaft von Parlamentsangehörigen aller Religionen, dem „International Panel of Parliamentarians for Freedom of Religion or Belief“, mit Fachtagungen und Konferenzen, auf Delegationsreisen in andere Staaten und im Kontakt mit Regierungsvertretern, mit Interventionen und parlamentarischen Patenschaften für bedrängte Menschen wirken die Mitglieder der Fraktion für das Recht jedes Menschen auf Glaubens- und Bekenntnisfreiheit.

Denn wir beobachten weltweit vielfach, wie diese Freiheit für religiöse Minderheiten zunehmend eingeschränkt wird. Oft sehen sich die Angehörigen der Gruppen, die in vielen Fällen auf eine Jahrtausende zählende Geschichte und Tradition zurückblicken können, einem neuen Druck ausgesetzt, ihr religiöses Leben zu verbergen oder ihre Heimat zu verlassen. Jesiden und Christen im Nahen Osten, Muslime in Myanmar – zahlreiche Beispiele belegen die Gefahren, die sich schon darauf aufbauen können, dass einige wenige Extremisten unwidersprochen zu Hass und Gewalt aufrufen und diesen Aufruf umsetzen. Alle Religionen müssen diese Fanatismen in ihren Reihen ausschließen – wir wollen mit unserer Politik dazu beitragen, dass sie sich ausnahmslos dem friedlichen Zusammenleben der Menschen verschreiben.

Seit Adenauer fühlt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dem christlichen Menschenbild ganz zu Recht fest verpflichtet. Diese Verpflichtung bedeutet, dass wir mehr ansprechen als nur „christliche Politik“, Politik „von Christen“ oder gar nur „für Christen“. Indem wir uns das christliche Menschenbild zur Richtschnur unseres Handelns machen, setzen wir uns in Freiheit und Verantwortung für die Bedürfnisse aller Menschen ein, ohne Ansehen der Herkunft oder der individuellen Ausprägung. Die Werte, denen wir uns dabei verpflichtet fühlen, und die Soziale Marktwirtschaft sind dafür so probat wie unverzichtbar. Letztendlich sind alle Mitbürger herzlich eingeladen, uns dabei zu unterstützen – übrigens müssen sie dazu nicht einmal Christen sein.

# Religion und Entwicklung

Eine starke Verbindung

Überall auf der Welt und besonders in Afrika begegne ich sehr häufig Menschen, die die Motivation für ihr Engagement aus ihrem Glauben ziehen. Ich denke an die Arbeit der Ordensschwestern und Priester in der Zentralafrikanischen Republik, die ihre Kirchen für Flüchtlinge öffnen. Oder an die Imame und Bischöfe, die sich in Nigeria für Frieden und Dialog einsetzen – nicht selten unter Einsatz ihres Lebens. Der Antrieb dieser Helfer und „Brückenbauer“ ist die Überzeugung, dass jeder Mensch ein Leben in Würde verdient hat. Unabhängig davon, wo er geboren wurde, welches Geschlecht er hat oder welcher Religion er angehört. Weil jeder Mensch als Ebenbild Gottes erschaffen wurde. Die zahlreichen Gespräche mit Religionsvertretern machen mir immer wieder deutlich: Wer die Welt, das eigene Leben und das des Nächsten als Geschenke eines Schöpfers begreift, empfindet auch eine besondere Verantwortung für den Nächsten, für Gerechtigkeit, Frieden und für kommende Generationen.



**Dr. Gerd Müller MdB**  
Bundesminister für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung

Leider ist die globale Perspektive eine andere. Da bekommt man schnell den Eindruck: Die Welt driftet auseinander. Konfrontation statt Kooperation bestimmt die internationale Politik. Es fehlt zunehmend an Vertrauen, an einer gemeinsamen Wertebasis. Wo ein Dialog der Kulturen notwendig wäre, werden Dialoge verweigert oder abgebrochen und ein „Kampf der Kulturen“ propagiert. Die Menschheit sucht verzweifelt danach, was die globalisierte Welt „im Innersten zusammenhält“.

Dabei ist Kooperation heute wichtiger denn je. Klimawandel, Bevölkerungswachstum, Hungersnöte, internationaler Terrorismus, Konflikte und Flüchtlingsströme – die Herausforderungen für die Entwicklungspolitik werden immer komplexer und größer. Das Schaffen von gerechter Teilhabe in dieser Welt war noch nie so dringlich wie heute.

Umso mehr brauchen wir engagierte Mitstreiter und Verbündete, die sich mit uns für eine gerechtere und friedliche Welt engagieren und Einfluss auf das Denken und Handeln der Menschen haben. Diejenigen, die im Anderen nicht nur den Fremden sehen, sondern den Nächsten. Mindestens drei gute Gründe sprechen deshalb dafür, dass wir ganz bewusst die Zusammenarbeit mit den Religionen stärken und als Partner unserer Entwicklungszusammenarbeit gewinnen wollen:

### **1. Eine wertebasierte Entwicklungspolitik, die den einzelnen Menschen ernst nimmt, muss auch seinen Blick auf die Welt ernst nehmen.**

Dieser Blick wird für die meisten Menschen – zwar nicht exklusiv, aber doch ganz entscheidend – von Religion geprägt. Über 80 Prozent der Weltbevölkerung<sup>1</sup> fühlen sich einer Religion zugehörig. In vielen Partnerländern der deutschen Entwicklungspolitik liegt dieser Wert noch höher. Beispiel Nigeria: Dort sagen 97 Prozent der Menschen<sup>2</sup>, dass ihnen Religion wichtig ist. 91 Prozent bringen religiösen Einrichtungen großes Vertrauen entgegen. Hilfsorganisationen kommen auf einen Wert von 62 Prozent, die nationale Regierung lediglich auf 38 Prozent. Die Bedeutung von Dialogprozessen zwischen den Religionen in Nigeria ist deshalb für das gesamte Land und das friedliche Miteinander entscheidend. Erst durch die Diskussion über das jeweilige Friedensverständnis von Christen und Muslimen konnte die Toleranz für den Anderen gestärkt werden. In einer gemeinsam verfassten

---

1 Pew Foundation (2015)

2 World Values Survey 2014

Schrift wurde das Verbindende unterstrichen und in die Gemeinden getragen.

Aus dem Glauben ziehen viele Menschen nicht nur Kraft für ihr eigenes Leben – er hilft ihnen auch, die Welt, das gesellschaftliche Miteinander, die Mitmenschen und sich selbst zu verstehen. Religion ist also eine zentrale Wertressource und besitzt dadurch gesellschaftliche Gestaltungskraft. Langfristig können eine nachhaltige Entwicklung und ein friedliches Zusammenleben nur gelingen, wenn die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Kräfte im Guten zusammenwirken. Hierzu gehören die Religionen der Welt.

## **2. In den Religionen ist die EineWelt schon längst Realität.**

Religion trennt die Menschheit nicht in Ost und West oder in einen reichen Norden und einen armen Süden. Sie verbindet die Menschen und macht sie zu gleichwertigen Glaubensgeschwistern. Dort, wo Staatsgrenzen unterschiedliche Interessenssphären voneinander scheiden, sich Nationen indifferent oder sogar feindlich gegenüberstehen, vielleicht sogar nur noch die Waffen sprechen, bietet die Sprache des Glaubens eine Chance, sich auf das Verbindende zu besinnen. Die Religions- und Konfessionsfamilien haben intensive Kontakte über Landesgrenzen hinweg. Sie helfen sich nicht nur finanziell, sondern bilden auch eine Lern- und Lehrgemeinschaft. Durch diese weltweiten Verflechtungen können sich Gesellschaften entwickeln, die dem Zivilen mehr Verantwortung übertragen und der Freiheit mehr Raum geben.

## **3. Es sind die Religionsgemeinschaften, die sich den Armen, den Marginalisierten in besonderer Weise zuwenden.**

Ein erheblicher Teil aller sozialen Dienstleistungen in Subsahara-Afrika wird von religiösen Organisationen erbracht. In Kenia sind es beispielsweise ca. 40 Prozent; in Uganda mehr als 50 Prozent<sup>3</sup>. In vielen Ländern wären

---

3 UNFPA (2008): Culture Matters. Lessons from a Legacy Engaging Faith-Based Organizations, [http://www.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/Culture\\_Matter\\_II.pdf](http://www.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/Culture_Matter_II.pdf)

eine Gesundheitsversorgung oder ein Bildungssystem ohne den Beitrag von Religionsgemeinschaften undenkbar. Auch in akuten Krisen helfen religiöse Akteure. Durch ihre lokalen Netzwerke gehören sie zu den Ersthelfern, die nicht nur ihre Sakralbauten in Flüchtlingsheime oder Lazarette umbauen, sondern erhebliche finanzielle Mittel mobilisieren. Im Jahr 2013 waren das weltweit immerhin rund 420 Millionen US-Dollar alleine für die humanitäre Hilfe. In vielen Religionen ist die Hinwendung zu den Armen fest in Theologie und Glaubenspraxis verankert. Die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes verläuft anders, wenn sie sich an der „Option für die Armen“ orientiert statt an maßlosem Gewinnstreben.

## Umgang mit der Ambivalenz von Religion

Wer allerdings allein den Blick auf das segensreiche Handeln von Religion lenkt, vergisst, dass weltweit Menschen zu Geiseln religiös motivierter Gewalttaten werden. So erinnert uns der Terror des sogenannten Islamischen Staates, von Boko Haram und der Lord's Resistance Army oder die religiös begründete Unterdrückung und systematische Verletzung der Rechte von Frauen und Minderheiten daran, dass Religion häufig auch zur Legitimation von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen missbraucht wird. Oft liegen positive und negative Potenziale dicht beieinander: Religion kann identitätsstiftend wirken und Menschen zusammenbringen. Gleichzeitig können durch sie andere Menschen ausgegrenzt werden. Religiöse Autoritäten können Brandlöscher und Brandbeschleuniger in Konflikten sein. Religionsgemeinschaften können Verfolgte und Verfolgende sein. Religion wird manchmal zur Absicherung von Macht, zur Unterdrückung von kritischen Meinungen und zur Vermeidung von demokratischen Reformen instrumentalisiert. Zudem werden aus religiösen Überlieferungen immer wieder gesellschaftliche Regeln abgeleitet, die im Widerspruch zu den Menschenrechten stehen und Diskriminierung begründen. Auch die sozialen Dienstleistungen von religiösen Organisationen können ambivalent wirken. Im Bildungsbereich

ersetzen religiöse Organisationen oft den schwachen Staat. Das ist gerade in Afrika in einzelnen Fällen Einfallstor für radikales Gedankengut.

Wie also können wir sicherstellen, dass Religion nicht zum Problem wird, sondern zum Teil der Lösung?

In unserer neuen Strategie „Religionen als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit“ formulieren wir darauf eine klare Antwort: Indem wir diejenigen stärken und als Partner gewinnen, die sich innerhalb ihrer Religionen für Frieden und Toleranz einsetzen! Dazu fördern wir in Zukunft gezielt inter- und intraindigen Dialoge und setzen an den vielen Initiativen an, die es bereits in unseren Partnerländern gibt. Auch in unserer klassischen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit werden wir religiöse Akteure stärker einbeziehen. Überall dort, wo wir gemeinsam mehr erreichen können, werden wir lokale Partnerschaften ausbauen. Das schließt auch den Aufbau von Kapazitäten bei lokalen religiösen Hilfsorganisationen im Rahmen der Förderung der Zivilgesell-

Religion wird leider auch zur Legitimation von Gewalt missbraucht – zum Beispiel in Nigeria, wo die Terrorgruppe Boko Haram ihr blutiges Unwesen treibt. Hier trauert ein Mädchen um zwei ihrer Brüder, die von Boko Haram im April 2017 entführt wurden.



schaft mit ein. In den Verhandlungen mit unseren Partnerregierungen fordern wir konsequent den Schutz der Religionsfreiheit als zentrales Menschenrecht ein. Mit der neuen Strategie hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erstmals in seiner eigenen Geschichte und im gesamten Ressortkreis eine konzeptionelle Grundlage für einen professionellen Umgang mit dem „Faktor“ Religion in der Entwicklungszusammenarbeit vorgelegt. Die Strategie baut auf den guten Erfahrungen in der jahrzehntelangen Zusammenarbeit mit den beiden großen Kirchen auf.

## Ein neuer Wertedialog

Die Diskussion um die Rolle von Religion in der Entwicklungszusammenarbeit macht eines ganz deutlich: Entwicklungszusammenarbeit ist mehr als Technologietransfer, Aufbau von technischen Kapazitäten oder die Finanzierung von Infrastrukturprojekten. Entwicklungszusammenarbeit ist Wertedialog! Viele der globalen Herausforderungen sind nicht bzw. nicht ausschließlich technischer oder struktureller Natur. Sie haben etwas mit den dahinter liegenden Wertevorstellungen bzw. Wertekonflikten zu tun. Die Verständigung darüber, in was für einer Welt wir leben möchten und an welchen Werten wir und andere sich orientieren, ist kein Randthema, sondern Kern der Debatte um nachhaltige Entwicklung. Deshalb bekennt sich die deutsche Entwicklungspolitik auch klar zu einem menschenrechtsbasierten Ansatz.

Das Ringen um gemeinsame Werte muss in Zukunft stärker in den Mittelpunkt unserer Bemühungen gerückt werden. Dabei müssen wir auch mit denen reden, die als Kritiker sogenannter „westlicher Werte“ gelten. Denn: Nicht der Dialog ist die Gefahr, sondern die Verweigerung des Dialogs. Denn im Dialog kann man an dem ansetzen, was den meisten Menschen wichtig ist und alle Religionen in der Goldenen Regel verbindet: Menschenwürde, Empathie, Toleranz, Gleichberechtigung und ein Leben in Freiheit. Daraus entsteht eine starke Verbindung – die von Religion und Entwicklung.



# Bewahrung der Schöpfung und Ernährung der Bevölkerung – ein Widerspruch?

Landwirtschaft in der Mitte der Gesellschaft verankern

Aus biblischer Perspektive ist die Schöpfung den Menschen als Garten Eden anvertraut zum „Bebauen und Bewahren“ (1. Mose 2,15). Wenn wir Politik für Ernährung, Landwirtschaft und ländliche Räume auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes gestalten, dann habe ich stets das Vaterunser vor Augen, in dem es sehr anschaulich heißt „Unser tägliches Brot gib uns heute.“ Damit wird deutlich, dass eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln nicht selbstverständlich ist. Zugleich ist damit klargestellt, dass der Mensch nicht das Recht hat, die Schätze unserer Erde zu vergeuden, sondern dass er verantwortungsvoll mit der Natur umzugehen hat.



**Christian Schmidt MdB**  
Bundesminister für Ernährung  
und Landwirtschaft

## Lebensmittel als Mittel zum Leben wertschätzen

Die Sicherung unserer Ernährung und zugleich die Bewahrung der Schöpfung sind daher die tragenden Säulen einer verantwortlichen Agrarpolitik, für die das „C“ Programm ist. Dazu gehört für mich in allererster Linie die Wertschätzung unserer Lebensmittel als Mittel zum Leben. Bäuerinnen und Bauern müssen faire Preise für ihre Lebensmittel erhalten, die sie mit harter Arbeit, verantwortungsbewusster Nutzung der Ressourcen und Einhaltung hoher Standards erzeugt haben. Lebensmittel müssen ihren Preis wert sein. Wir haben deshalb im Deutschen Bundestag das Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln unter Einstandspreis dauerhaft

festgeschrieben. Das ist ein wichtiges Zeichen gegen das Verramschen von Lebensmitteln.

Eine fehlende Wertschätzung unserer Lebensmittel drückt sich auch darin aus, dass jedes Jahr in Deutschland 11 Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll landen. Pro Person und Jahr fallen in unseren Haushalten durchschnittlich 82 Kilogramm Lebensmittelabfälle an, das sind zwei gefüllte Einkaufswagen. Papst Franziskus hat zu Recht kritisiert, dass die Konsumgesellschaften sich mittlerweile an Überfluss und tägliche Verschwendung gewöhnt haben. Ich will mich damit nicht abfinden,

Viele Menschen werfen Brot weg, obwohl es noch verzehrbar wäre. Dabei steckt der Bäcker jede Menge Energie und Handwerkskunst in seine Herstellung.



denn wenn wir uns vor Augen führen, dass in die Herstellung eines Kilos Käse etwa 5000 Liter Wasser fließen, dann sehen wir: Lebensmittel ohne Not wegzuworfen ist unvereinbar mit der christlichen Ethik.

Oft wird noch verzehrbare Essen weggeworfen, weil viele Menschen heute keinen persönlichen Bezug mehr zu den Bauern und zum Zustandekommen unserer Lebensmittel haben. Daher setze ich auf Aufklärung und dazu hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Initiative „Zu gut für die Tonne!“ ins Leben gerufen. Unter diesem Motto informieren wir über den Wert unserer Lebensmittel und geben beispielsweise über eine „Beste-Reste-App“ praktische Tipps gegen unnötige Lebensmittelverschwendung.

Mein Ziel ist es, die vermeidbaren Lebensmittelabfälle in Deutschland bis zum Jahr 2030 zu halbieren. So setze ich mich dafür ein, die Missverständnisse beim Mindesthaltbarkeitsdatum abzubauen und die Verbraucherinformation realistischer zu gestalten. Parallel fördern wir die Entwicklung intelligenter Verpackungen, die anzeigen, ob ein Produkt noch essbar ist oder nicht.

## Selbstbestimmte Entscheidungen für mehr Tierwohl ermöglichen

Zu einer Agrarpolitik, die das „C“ im Namen trägt, gehört für mich zweitens ein verantwortungsvoller Umgang mit den uns anvertrauten Nutztieren. Sie sind unsere Mitgeschöpfe. Das in Artikel 20a des Grundgesetzes verankerte Staatsziel Tierschutz hat im August 2017 sein 15-jähriges Verfassungsjubiläum. Das weist der Politik eine besondere Verantwortung zu. In der Gesellschaft wächst insgesamt das Interesse daran, wie die Tiere gehalten wurden, deren Fleisch, Milch oder Eier wir verzehren. Gefragt nach ihren Erwartungen an die Landwirtschaft nennen die Befragten des Ernährungsreports 2017 auf Platz eins eine artgerechte Tierhaltung. 87 Prozent möchten bessere Standards in der Tierhaltung, 82 Prozent wünschen sich mehr Transparenz über die Bedingungen, unter denen die Nutztiere gehalten werden.



Dem tragen wir mit der beabsichtigten Einführung eines staatlichen Tierwohllabels Rechnung. Ich möchte, dass Deutschland der Trendsetter beim Tierwohl wird. Das staatliche Tierwohllabel wird die Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzen, Produkte, bei deren Erzeugung höhere als die gesetzlichen Standards eingehalten wurden, zu erkennen und dies in ihre Kaufentscheidung einzubeziehen. Dieser Ansatz liegt ganz auf der Linie des christlichen Menschenbildes, nach dem der Mensch als Ebenbild Gottes zu freien, selbstbestimmten Entscheidungen in der Lage ist. Unser Tierwohllabel soll dafür sorgen, dass das vorhandene Marktpotenzial von Landwirten genutzt werden kann. Sie haben mehr Aufwand durch höhere Haltungsanforderungen und sollen dafür auch mehr Geld erhalten. Mein Ziel ist es, mit dem Tierwohllabel möglichst viele Verbraucherinnen und Verbraucher zu erreichen. Ich will kein Deluxe-Produkt, das letztlich nur für wenige Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlbar ist. Auch das ist Ausprägung unseres christlichen Menschenbildes und der katholischen Soziallehre.

Wenn einige Organisationen pauschale Kritik an den landwirtschaftlichen Tierhaltern äußern, ist das unfair gegenüber der Landwirtschaft. Besser sollten sich diese kritischen Stimmen in die Diskussion mit der Landwirtschaft einlassen, auch um Fortschritte und Entwicklungen zu erfahren. Seit dem 1. Januar 2017 wird beispielsweise in Deutschland auf der Grundlage einer freiwilligen Vereinbarung mit der Wirtschaft darauf verzichtet, Legehennen die Schnäbel zu kürzen. Das ist ein konkreter Erfolg meiner Initiative „Eine Frage der Haltung.“ Weitere solcher Entscheidungen sollen folgen.

Auf dieser Linie werden wir auch in enger Kooperation mit deutscher Spitzenforschung den Einstieg in den Ausstieg vom Töten männlicher Küken vollziehen, denn es ist möglich, das Geschlecht bereits beim unbebrüteten Ei festzustellen und männliche Küken gar nicht erst auszubrüten. Wo wir als Staat Einfluss nehmen können, um die neue Technologie möglichst schnell in die Betriebe zu bringen, werden wir das tun.

## Umweltschutz und Ernährungssicherung mit einer nachhaltigen und modernen Landwirtschaft

Drittens gehört für mich zu einer Agrarpolitik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes ein verantwortungsvoller Umgang mit der Schöpfung. Das ist ein Schwerpunkt des Grünbuches Ernährung, Landwirtschaft, ländliche Räume, in dessen Erarbeitung sich neben anderen gesellschaftlichen Gruppen auch die christlichen Kirchen in einem Dialogprozess nachhaltig eingebracht haben. Wir brauchen einen intelligenten Interessenausgleich zwischen Umwelt und Landwirtschaft, der unsere Ressourcen schont und die Menschen satt macht. Daran arbeiten wir.

Das Düngepaket, das Bundestag und Bundesrat Anfang des Jahres nach intensiven Verhandlungen beschlossen haben, trägt zum Beispiel den notwendigen Verbesserungen für den Gewässerschutz Rechnung und sieht für unsere Bäuerinnen und Bauern fordernde aber machbare Regelungen vor. Darüber hinaus setzen wir auf Präzisionslandwirtschaft, also auf eine Landwirtschaft 4.0 mit Landtechnik „made in Germany.“ So können viele Bauernhöfe bereits heute punktgenau bewässern und düngen.

## Den Hunger in der Welt bekämpfen

Bei seinem Besuch des Welternährungsprogramms in Rom im Jahr 2016 hat Papst Franziskus die Staaten zu mehr Anstrengungen im Kampf gegen den Hunger in der Welt aufgerufen. Wenn wir den Hunger bekämpfen wollen, müssen wir als erstes in die Landwirtschaft investieren, denn die Bauern haben die Schlüsselrolle für die weltweite Ernährungssicherung. Eine starke Landwirtschaft vor Ort sichert die Ernährung einer schnell wachsenden Bevölkerung. Die Stärkung der Landwirtschaft und insbesondere der Frauen auf dem Land ist ein effektives Instrument, ökonomische Perspektiven zu eröffnen und sowohl der Landflucht im Kleinen als auch den großen Migrationsbewegungen entgegenzuwirken.

Überlebenswichtig für die Menschen in ländlichen Gebieten sind vor allem sichere Zugangsrechte zu Land und anderen produktiven Ressourcen. Deshalb unterstützt die unionsgeführte Bundesregierung die weltweite Umsetzung der „Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern.“ Neben dem fairen Zugang zum Boden ist es entscheidend, dass die Landwirtschaft über genügend sauberes Wasser verfügt. Diesen Gedanken habe ich mit meinen Amtskollegen am 22. Januar 2017 in Berlin auf dem G20-Agrarministertreffen diskutiert. Alle G20-Staaten haben sich im G20-Action-Plan daraufhin zum nachhaltigen Umgang mit Wasser in der Landwirtschaft verpflichtet.

Ich setze insgesamt auf einen fairen gesellschaftlichen Dialog, der von gegenseitigem Respekt getragen ist und mit dem wir unsere Landwirtschaft in der Mitte der Gesellschaft verankern. Die Bewahrung der Schöpfung und die Ernährung der Bevölkerung sind kein Widerspruch. Die Landwirtschaft ist nicht Teil des Problems, die Landwirtschaft ist Teil der Lösung. Das ist die Leitlinie unserer Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik, für die das „C“ Programm ist.

# Pflege als Dienst am Menschen

Eine moderne Pflegepolitik  
auf guter finanzieller Grundlage



**Hermann Gröhe MdB**  
Bundesminister für Gesundheit

Vor vier Jahren hat sich diese Bundesregierung „Verbesserungen in der Pflege“ als einen Arbeitsschwerpunkt gesetzt. Heute können wir sagen: Wir haben für Pflegebedürftige und Patienten, für ihre Angehörigen und unsere Pflegekräfte einen Kraftakt zur Stärkung der Pflege in unserem Land geschafft. 20 Jahre nach ihrer Einführung haben wir die Pflegeversicherung auf eine neue Grundlage gestellt. Dadurch erhalten Pflegebedürftige und ihre Familien spürbar mehr Unterstützung. Wir haben zudem die Weichen für eine gute Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen in Pflegeeinrichtungen und im Krankenhaus gestellt. Denn eine gute pflegerische Versorgung kann nur gelingen, wenn wir unseren Pflegekräften den Rücken stärken.

## Die neuen Leistungen kommen an

Mit mehr als fünf Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr haben wir die Unterstützung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen spürbar ausgebaut und dafür gesorgt, dass die Arbeitsbedingungen unserer Pflegekräfte verbessert werden. Eine solche Leistungsverbesserung im Umfang von rund 20 Prozent hat es in einem sozialen Sicherungssystem so noch nie gegeben. Besonders erfreulich ist: Die Leistungsverbesserungen, die wir auf den Weg gebracht haben, kommen an! 2016 haben rund 2,9 Millionen Pflegebedürftige und ihre Familien

Leistungen im Umfang von 28,3 Milliarden Euro aus der Pflegeversicherung erhalten. Das ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu den letzten Jahren und zeigt: Mehr Pflegebedürftige haben mehr Unterstützung erhalten. Das ist eine gute Nachricht!

Dass die Umstellung auf das neue Begutachtungsverfahren und das neue Leistungsrecht für 2,9 Millionen Pflegebedürftige und mindestens genauso viele pflegende Angehörige reibungslos erfolgt ist, ist vor allem dem unermüdlichen Einsatz der mehr als eine Million Beschäftigten in den rund 26.000 Pflegeheimen und Pflegediensten zu verdanken.

## Passgenaue Unterstützung für alle Pflegebedürftigen

Die Verbesserungen in der Pflege waren überfällig. Zehn Jahre wurde über einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff gestritten. Jetzt ist er endlich Wirklichkeit! Die Experten sind sich einig, dass der Unterstützungsbedarf der Pflegebedürftigen mit den neuen fünf Pflegegraden deutlich besser erfasst werden kann. Die Leistungen richten sich heute stärker daran aus, welche Hilfe Pflegebedürftige und ihre Familien in ihrer ganz persönlichen Situation benötigen. Die Unterstützung setzt jetzt deutlich früher an – etwa wenn eine Dusche altersgerecht umgebaut werden muss oder Hilfe im Haushalt nötig ist – und sie steigt mit wachsendem Bedarf. In den nächsten Jahren werden dadurch rund eine halbe Million Menschen zusätzlich erstmals Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten. Und mit dem Grundsatz „Reha vor Pflege“ tragen wir dem Wunsch Rechnung, so lange wie möglich selbstständig zu leben. Ganz wichtig ist zudem: Die 1,6 Millionen Demenzzkranken in unserem Land haben nun endlich einen gleichberechtigten Zugang zu allen Leistungen der Pflegeversicherung. Und auch in den Pflegeeinrichtungen haben die neuen Regelungen dazu geführt, dass der Pflegealltag und die Personalausstattung weiter verbessert werden können. Trotz zunehmendem Unterstützungsbedarf haben viele Pflegebedürftige in Pflegeheimen in der Vergangenheit die Einstufung in eine höhere Pflegestufe vermieden – aus Angst vor steigenden



Kosten. Diese Sorge können wir ihnen nehmen. Wir haben festgelegt, dass der pflegebedingte Eigenanteil in einem Pflegeheim mit zunehmendem Hilfsbedarf künftig nicht mehr steigen darf. Das wird viele entlasten.

## Bessere Unterstützung für pflegende Angehörige

„Ambulant vor stationär“ gehört zu den Leitgedanken unserer Pflegepolitik. Und das ist richtig, denn die meisten Pflegebedürftigen wünschen sich, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu bleiben. Dass zwei Drittel aller Pflegebedürftigen zu Hause von Angehörigen gepflegt werden, ist ein beeindruckendes Beispiel für gelebte Mitmenschlichkeit in den Familien und unserer Gesellschaft. Für die Politik ist es Ansporn, die Unterstützung für Angehörige, die mit großem Einsatz und großer Hingabe pflegen, weiter zu verbessern. Deshalb wurden die Leistungen wie Verhinderungs-, Kurzzeit- oder Tagespflege deutlich ausgebaut. Das entlastet die pflegenden Angehörigen und gibt ihnen die Möglichkeit, selbst einmal Luft zu holen. Dazu können sie sich von der Pflegekasse oder in einem Pflegestützpunkt beraten lassen, darauf haben sie Anspruch. Vor allem berufstätige Pflegenden gehen oft an die Grenze ihrer Belastbarkeit. Um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu verbessern, haben pflegende Angehörige jetzt einen Rechtsanspruch auf eine Familienpflegezeit und auf eine bezahlte Auszeit von bis zu zehn Tagen, wenn etwa nach einem Sturz schnell die Pflege organisiert werden muss. Zudem haben wir die soziale Absicherung der pflegenden Angehörigen in der Arbeitslosen-, Unfall und Rentenversicherung verbessert. Dadurch steigen die Beiträge, die die Pflegeversicherung für pflegende Angehörige an die Rentenversicherung zahlt um 400 Millionen auf insgesamt rund 1,4 Milliarden Euro an.

## Unsere Pflegekräfte haben Anerkennung und gute Arbeitsbedingungen verdient

Unsere Pflegekräfte setzen sich bei den Pflegediensten und in Pflegeeinrichtungen tagtäglich unermüdlich für

Pflegebedürftige ein. Dafür haben sie Anerkennung, vor allem aber gute Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung verdient. Deshalb haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass mehr Pflegefachpersonal in den Pflegeeinrichtungen eingestellt wird, die Zahl der zusätzlichen Betreuungskräfte nahezu verdoppelt wurde, unnötige Bürokratie abgebaut wird und die Bezahlung der Pflegekräfte nach Tarif gestärkt wird. Wichtig ist, dass die Arbeitgeber jetzt dafür sorgen, dass diese Verbesserungen schnell bei den Pflegekräften ankommen. Dazu gehört es auch dafür zu sorgen, dass diejenigen, die andere pflegen, selbst gesund bleiben. Deshalb haben wir die Leistungen der Krankenkassen für die Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz nahezu verdoppelt.

## Wir werden mehr Pflegekräfte brauchen

Der Pflegeberuf ist ein Zukunftsberuf. Seit 1999 ist die Zahl der Beschäftigten in der Pflege um über 60 Prozent gestiegen. Heute arbeiten über eine Million Menschen für ambulante Pflegedienste und stationäre Einrichtungen. Und die Zahl der insgesamt 2,9 Millionen Pflegebedürftigen wird in den nächsten Jahren weiter wachsen. Wir werden also mehr Pflegekräfte brauchen. Aber schon heute tun sich manche Arbeitgeber schwer, ausreichend Personal zu finden. Deswegen müssen wir gemeinsam dafür sorgen, dass mehr junge Menschen den Pflegeberuf ergreifen und die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen so attraktiv sind, dass sie auch dabei bleiben. Es ist gut und wichtig, dass die „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“, die wir gemeinsam mit den Bundesländern und Verbänden angestoßen haben, Wirkung zeigt. Noch nie haben sich so viele Menschen für die Ausbildung in der Altenpflege entschieden wie in den vergangenen Jahren. Und wir haben schließlich eine umfassende Modernisierung der Pflegeausbildung auf den Weg gebracht. Schulgeld in der Altenpflege gehört bald endgültig der Vergangenheit an. Auch damit leisten wir einen Beitrag, dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen.



Die Pflegeausbildung wurde modernisiert, Schulgeld abgeschafft. Auf dem Foto üben zwei Pflegeschülerinnen das Heben vom Bett in den Rollstuhl.

## Wir stärken die Pflege am Krankenbett

Auch eine gute Versorgung der Patienten im Krankenhaus setzt eine angemessene Ausstattung mit Pflegepersonal voraus. Deshalb unterstützen wir die Krankenhäuser mit einem Pflegestellen-Förderprogramm als Sofortmaßnahme, damit sie mehr Personal einstellen können. Hinzu kommt ein Pflegezuschlag, der vor allem den Krankenhäusern zugutekommt, die viel Personal beschäftigen. Dadurch erhalten die Krankenhäuser jährlich 830 Millionen Euro, um dauerhaft mehr Personal zu beschäftigen. Klar ist: Diese Mittel müssen von den Krankenhäusern auch tatsächlich für mehr Pflegepersonal am Krankenbett eingesetzt werden. Außerdem verpflichten wir die Krankenhäuser und Krankenkassen dazu, für Krankenhausbereiche, in denen dies für die

Patientensicherheit besonders wichtig ist, sowie auf Intensivstationen oder bei der Besetzung im Nachtdienst, verbindliche Pflegepersonaluntergrenzen festzulegen. Diese Grenzen dürfen dann nicht unterschritten werden. Und auch das Hygieneförderprogramm unterstützt Krankenhäuser mit rund 460 Millionen Euro dabei, mehr Hygienepersonal auszubilden und einzustellen. Allein im Jahr 2016 haben die Krankenhäuser deutlich über drei Milliarden Euro zusätzlich erhalten. Diese finanziellen Verbesserungen kommen auch dem Krankenhauspersonal zugute.

## Eine gute Pflege für heute und morgen

Unsere Pflege- und Krankenversicherung ist finanziell gut aufgestellt und für die nächsten Jahre gerüstet. Und wir haben nicht nur die Pflege und Betreuung derer verbessert, die heute im Krankenhaus, zu Hause oder in einer Pflegeeinrichtung versorgt werden müssen. Wir haben auch die Jüngeren im Blick. Denn über einen Pflegevorsorgefonds, in den jährlich 0,1 Beitragspunkte des Pflegebeitrags fließen, sorgen wir vor, um mögliche Beitragssteigerungen in der Zukunft abfedern zu können. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Generationengerechtigkeit.

Pflege geht uns alle an! Es ist deshalb ein gutes und wichtiges Zeichen, dass die Verbesserungen, die wir in der Pflege auf den Weg gebracht haben, und auch die damit verbundenen Kosten auf eine breite gesellschaftliche Zustimmung gestoßen sind. Denn die Menschlichkeit einer Gesellschaft zeigt sich doch gerade darin, wie wir mit Kranken und Hilfsbedürftigen umgehen.

# Religiöse Vielfalt in Deutschland

Bereicherung oder Herausforderung?

Die letzten Jahre haben unser Land verändert. Deutschland erlebt eine bislang in dieser Dimension nicht vorhandene Vielfalt der Ethnien, der religiösen Bekenntnisse und der sozialen Lagen. Diese Form von „innerer Globalisierung“ trägt Debatten in die Mitte der Gesellschaft, die auf den ersten Blick anstrengen und beunruhigen. Dazu gehört auch die Frage nach der Vielfalt der Religionen in Deutschland.

Auf allen Ebenen wird über den Zusammenhalt in der Gesellschaft, über die Rolle der Religionen und in diesem Zusammenhang besonders über den Islam diskutiert.

Mein Wunsch als Beauftragter für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es, die Diskussion wieder auf ein Normalmaß und zu mehr Sachlichkeit zurückzuführen.



**Dr. Franz Josef Jung MdB**  
Stellvertretender Vorsitzender der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

## Religiöse Pluralität in unserem Land wächst

Aktuell gehören rund 50 Millionen Gläubige den beiden großen Kirchen, den christlich-orthodoxen Kirchen oder den freien und selbstständigen Gemeinden an. Mehr als 100.000 Juden sind nach den Gräueltaten des Holocausts wieder in Gemeinden organisiert.

Geschätzte vier Millionen Menschen ordnen sich als Sunniten, Schiiten und Ahmadiyya dem Islam zu. Eigenständige Religionsgemeinschaften sind darüber hinaus



Deutschland ist in den letzten Jahren religiös vielfältiger geworden. Das Foto mit der Religionsliteratur symbolisiert dies.

Aleviten, Jesiden und Bahá'í. Hinzu kommen Angehörige fernöstlicher Religionen wie Hindus, Sikh und Buddhisten. Der Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen hat im Frühjahr 2016 in einem Gutachten diese Entwicklung für Deutschland bestätigt: Die religiöse Pluralität in unserem Land wächst.

Diese Entwicklung ist eine Bereicherung, aber auch eine Herausforderung für unser Land. Eine Vielzahl von Fragen drängen sich auf: Kann der Staat nach wie vor die gebotene Neutralität einhalten und umfassend für Religionsfreiheit sorgen? Ist das Religionsverfassungsrecht den künftigen Herausforderungen gewachsen? Darf der Staat auch Grenzen ziehen? Auf diese Fragen müssen Antworten gefunden werden.

Klar ist: Deutschland bleibt seinen christlichen Werten verbunden – dafür stehen CDU und CSU. Klar ist aber auch: Artikel 4 des Grundgesetzes garantiert allen Kirchen und Religionsgemeinschaften die Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Dazu gehört, dass der Staat den Rahmen setzt, um die freie Ausübung des Glaubens zu ermöglichen. Dazu gehört beispielsweise die Seelsorge bei Militär und Polizei, der bekenntnisorientierte Religionsunterricht in den Ländern oder das Selbstbestimmungsrecht von Kirchen und Religionen. Hinzu kommt die Rolle der Kirchen und Religionen als kooperative Partner des Staates bei Querschnittsaufgaben, z.B. der Wohlfahrt, und als Dialogpartner der Politik bei wichtigen ethischen oder sozialen Fragen.

## Renaissance des Glaubens und der Kirchen in Deutschland?

Angesichts der genannten Zahlen ist es voreilig, einer zunehmend religiös ungebundenen Gesellschaft das Wort zu reden. Der größte Teil der Bevölkerung in unserem Land findet Kraft im Glauben und betrachtet seine Religion als wesentliches Element seiner persönlichen Identität. Ich würde sogar behaupten, dass die zunehmend flexiblen Lebensentwürfe, der unpersönliche Bezug des digitalen Zeitalters und der dadurch häufig gefühlte Verlust von Sinnhaftigkeit zu einer Renaissance des Glaubens und der Kirchen in Deutschland führen könnten. Gerade der Glaube und mit ihm die Kirchen und Religionen sind in der Lage, die existenziellen Lücken zu füllen, die das moderne Leben teilweise gerissen hat.

Auch das befriedende Element von Religion bedarf einer intensiveren Würdigung als bisher. Im außenpolitischen Kontext begegnen mir viele Beispiele, in denen Kirchen und Religionsgemeinschaften eines Landes sich in einem friedlichen Dialog zusammenfinden, um entsprechend in ihre Gemeinden zu wirken – beispielsweise in der Ukraine oder auch in Zentralafrika. Hierin liegen meines Erachtens große Chancen für die Zukunft von Kirchen und Religionsgemeinschaften.

## Schutz vor religiösem Fanatismus bei gleichzeitiger Akzeptanz religiöser Vielfalt

Dennoch sorgen aktuell bestimmte Strömungen des Islam – insbesondere der fundamentalistische und extremistische Islam – für verständliche Sorgen und Ängste in der Bevölkerung. Hier wollen wir als CDU/CSU-Bundstagsfraktion energisch ansetzen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Religion zur Legitimation von Gewalt und Menschenverachtung missbraucht wird. Es sind alle – auch die Muslime selbst – gefordert, dieser Besorgnis erregenden Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Wer Hass predigt, muss des Landes verwiesen werden! Der Bundesinnenminister und der Bundesverfassungsschutz leisten hier eine wichtige Arbeit, indem derzeit 90 Hinterhofmoscheen konkret beobachtet werden.

Daneben haben auch islamische Verbände in Deutschland, die ihre materielle und ideelle Basis häufig zu einem nicht unbeträchtlichen Teil aus dem Ausland beziehen, zum diffusen Bild über Muslime in Deutschland beigetragen. Die finanzielle, kulturelle und politische Abhängigkeit erschwert deren Mitgliedern eine unabhängige Befassung mit ihrer Theologie. Auch unser neutraler Rechtsstaat befindet sich in dem steten Zwang, zwischen Religion, Kultur und interessengeleiteter Politik sauber zu trennen.

Wir müssen daher die Muslime stärken, die ihre Religion friedlich und im Einklang mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung leben wollen.

Grundsätzlich gilt in Zukunft angesichts der wachsenden religiösen Pluralität daher, zwei Seiten einer Medaille ins Verhältnis von Staat, Politik und Religion zu setzen: den Schutz vor religiösem Fanatismus bei gleichzeitiger Akzeptanz religiöser Vielfalt. Dies ist eine Herausforderung, der wir uns gemeinsam stellen müssen.



# „Für eine gute Welt und eine verantwortungsbereite Gesellschaft müssen wir kämpfen“

Die Situation religiöser Minderheiten in Deutschland

Ein Doppel-Interview mit Deidre Berger, Jüdin und Direktorin des American Jewish Committee in Berlin, und Düzen Tekkal, Jesidin, Journalistin und Gründerin der Menschenrechtsorganisation Hawar.help, über Religion als Ort der Zugehörigkeit und ihren Alltag in Deutschland.

Düzen Tekkal (links) und Deidre Berger im Gespräch



Frau Berger, Frau Tekkal, wir sitzen in der ehemaligen jüdischen Mädchenschule in Berlin. In den 1930er Jahren lernten Kinder hier Mathe, Deutsch, – und Hebräisch. Spielte Ihre Religion in Ihrer Schulzeit eine Rolle, etwa als Jesidin in Hannover?

*Tekkal:* Aber ja! Ich wurde ständig damit konfrontiert, wer ich bin und wo ich herkomme. Und das war sehr konfliktbeladen – insbesondere mit Kindern aus anderen Zuwandererfamilien. Die Deutschen habe ich eher als Beobachter erlebt, da musste ich mich nie erklären. Aber einige musli-



Deidre Berger: „Ich finde es wichtig, dass jede Religion Orte der Zugehörigkeit hat. Aber dass man dahin fliehen muss, das ist problematisch.“

mische Mitschüler haben zu mir gesagt: „Du bist eine Teufelsanbeterin!“ Das hatten sie zuhause so gelernt.

*Berger:* Das war für Juden in den USA, wo ich zur Schule gegangen bin, natürlich anders. Die Bürgerrechtsbewegung hat viele Stereotype aufgebrochen, und mir blieb manches erspart, was meine Eltern noch erlebt haben. Meine Generation hatte das Gefühl: Es gibt keine Barriere.

**Und als Sie Mitte der 80er Jahre nach Deutschland kamen?**

*Berger:* Das war ein Schock, weil diese Selbstverständlichkeit hier nicht existierte. Jüdischsein fühlte sich in Deutschland nicht normal an. Meine Kinder sind jetzt 14 und 17 – und sehr vorsichtig damit, wem sie von ihrem Glauben erzählen. Das macht mich traurig. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder erlebt, dass Kinder wegen Mobbings auf eine jüdische Schule wechseln.

**Jesidische Kinder können nicht die Schule wechseln, Frau Tekkal, dafür ist Ihre Gemeinschaft zu klein, gleichwohl in Deutschland etwa 100.000 Jesiden leben.**

*Tekkal:* Das ist in der Tat so – aber ich würde mir wünschen, dass es keinen geschützten Raum geben muss – weder für Jesiden noch für Juden, sondern dass es eine Selbstverständlichkeit ist, anderen Glaubens zu sein.

*Berger:* Ich finde es wichtig, dass jede Religion Orte der Zugehörigkeit hat. Aber dass man dahin fliehen muss, als Schutzraum, weil man das Gefühl hat, man bewegt sich nicht sicher in der Gesellschaft – das ist problematisch.

**Juden, Muslime und Christen eint die abrahamitische Wurzel. Was verbindet Juden und Jesiden?**

*Tekkal:* Wir haben durchaus religiöse Gemeinsamkeiten. Auch bei uns wird koscher gekocht, auch wir erwerben unsere Religion qua Geburt. Und uns eint unsere Unterdrückungsgeschichte: Die Erfahrung der Entmenschlichung, weil wir auf unsere Religion reduziert werden. Das sind immer dieselben Muster, Feindbilder, aus denen am Ende Völkermorde entstehen.

**Sie haben gesagt, dass Ihre deutschen Mitschüler diese Feindbilder nicht hatten – vermutlich wussten die gar nichts über Jesiden?**

*Tekkal:* Es ist traurig, dass erst der IS uns zur Berühmtheit gebracht hat. Früher musste ich immer erklären, wer wir sind – und unsere Unterdrückungsgeschichte wollte niemand hören. Aber mit dem Völkermord vom August 2014 ist unsere Geschichte plötzlich erzählbar geworden.

*Berger:* Das hat mich sehr berührt. Die religiösen Minderheiten im Mittleren und Nahen Osten sind Teil unserer gemeinsamen Kulturgeschichte, unserer westlichen Identität. Das ist der Ort, wo all diese Religionen zusammentreffen. Wir sorgen uns sehr, dass diese Minderheiten dort verschwinden. Und das ist ein Angriff auf uns alle.

*Tekkal:* Mit Blick auf unsere Demokratie wird uns ja gerade bewusst, was für ein zarter, dünner Lack das ist. Und da sind Minderheiten ganz entscheidend, denn uns trifft es als erstes.

**Wie erleben Sie die deutsche Mehrheitsgesellschaft? Wird das Christliche hier noch gelebt?**

*Tekkal:* Die christliche Dominanz erlebe ich hier gar nicht, und das ist das Kernproblem. Denn erst wenn wir wissen, wer wir sind, wissen wir, was wir wollen. Weil dieser Begriff „christlich“ so schwammig geworden ist, können sich andere Dominanzen stärker entwickeln. Daran müssen wir arbeiten: dass man sich für das Christsein nicht entschuldigen muss. Die Menschen, die sich als Christen definieren, habe ich beim Völkermord an den Jesiden wirklich schätzen gelernt. Da ist uns auf eine Weise geholfen worden, die uns aus anderen Richtungen verwehrt wurde – Stichwort linksliberales Spektrum, das sich ja per se verantwortlich fühlt für Minderheiten. Da waren wir ziemlich enttäuscht. Säkularisierung darf, bei allem Individualismus, niemals bedeuten, dass uns die Solidarität abhanden kommt. Es muss etwas geben, was uns eint. Ob wir das Leitkultur nennen, sei dahingestellt.

*Berger:* Ich erlebe christliche Werte hier immer noch als Fundament. Die Nächstenliebe, die Solidarität, mit der Millionen Deutsche Geflüchteten bei der Integration helfen, sind beeindruckend.

**Sind wir wehrhaft genug, wenn es um die Verteidigung der Religionsfreiheit geht?**

*Tekkal:* Ich finde, nein! Wenn wir unsere Werte ernst nehmen, dann müssen wir sie dort verteidigen, wo sie bedroht sind. Dass im Mittleren und Nahen Osten kaum noch christliches Leben möglich ist, ist eine Bankrotterklärung. Für Religionsfreiheit zu kämpfen heißt immer auch, für die eigenen Werte zu kämpfen.

**Brechen wir das mal runter auf den Alltag in Deutschland. Wird da verharmlost?**

*Berger:* Leider ja. Es gibt neue Formen des Antisemitismus, die überall präsent sind. Auch durch die vielen Einwanderer aus Ländern, die antisemitisch geprägt sind. Und in unsicheren Zeiten gedeihen Antisemitismus und Rechtspopulismus besonders. Das ist ein strukturelles Problem, das geht nicht weg – da hilft es nicht, das kleinzureden.

*Tekkal:* Es geht nicht nur darum, was passiert – sondern wie wir damit umgehen. Entwickeln wir daraus eine Chance – oder bagatellisieren wir, wenn etwa Kinder antisemitisch erzogen werden? In den Verbänden, Medien und Familien ist die Opferrolle allgegenwärtig: der Gedanke, dass die Juden an allem Schuld seien. In diese Welt tauchen wir nicht erst im Nahen Osten ein. Das passiert, wenn wir hier im Taxi an den Falschen geraten. Das schockiert mich.

*Berger:* Sobald etwas bedrohlich ist, stecken die Juden dahinter. Diese unglaublichen Verschwörungstheorien sind allgegenwärtig. Selbst am IS seien die Juden schuld: Da heißt es, sie finanzierten ihn heimlich, um den Islam schlecht zu machen.

*Tekkal:* Das ist brandgefährlich, weil man schon wieder die Verantwortung von sich weist. Denn darum geht es

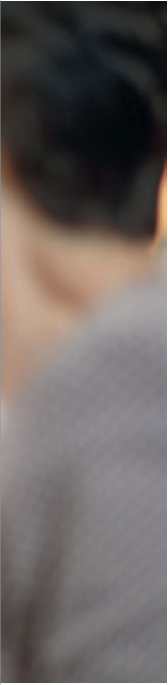


Düzen Tekkal: „Werte fallen nicht wie Sterntaler vom Himmel und wir halten bloß die Schürze auf. Für eine gute Gesellschaft müssen wir kämpfen.“

letztlich: sich auch mit der eigenen Religion kritisch auseinanderzusetzen.

**Müssen wir unsere demokratischen Werte schon in der Schule besser vermitteln – womöglich gemeinsam mit den Religionsgemeinschaften?**

*Berger:* Die Demokratiebildung ist in den letzten Jahrzehnten leider stiefmütterlich behandelt worden, und das geht einher mit zunehmendem Antisemitismus. Die Demokratie ist für junge Leute irgendwie da, aber sie betrifft sie nicht. Diese Lücke müssen wir unbedingt schließen. Damit schon Kinder wissen: Ich bin Teil des Ganzen, und auch ich muss etwas dazu beitragen. Das fängt zum Beispiel im Klassenrat an. Auch die Religionen müssen die Wertediskussion vorantreiben. Es ist richtig, Staat und Religion zu trennen – aber doch sind beide Säulen unserer Gesellschaft.



*Tekkal:* Das Demokratieverständnis ist auch abhängig von der kulturell-religiösen Früherziehung. Bei den muslimischen Kindern in Deutschland überlassen wir diese Erziehung den Islamverbänden, die Religion oft zum alleinigen, bestimmenden Faktor erklären. Eine Verengung, wie ich sie ehrlich gesagt manchmal auch in der jesidischen Erziehung erlebe. Da wird Demokratie schnell als feindselig empfunden. Ich erlebe es oft, dass Jugendliche lieber ein guter Jeside oder ein guter Muslim sein wollen als ein aufrechter Demokrat, weil sie sonst das Gefühl haben, sich zu versündigen. Dabei geht es nicht um Religion, sondern um Haltung.

**Im Bundestag gibt es keine Abgeordnete jüdischen oder jesidischen Glaubens. Fühlen Sie sich trotzdem vom Parlament vertreten?**

*Tekkal:* Ja und nein – das ist einer der Gründe, warum ich parteipolitisch aktiv bin.

Wir müssen die Möglichkeit nutzen, dieses Land mit zu prägen. Gleichzeitig fühle ich mich durchaus von Verbündeten getragen, etwa wenn Volker Kauder dafür sorgt, dass mein Film über den Völkermord an den Jesiden im Deutschen Bundestag gezeigt wird. Das heißt: Der Hilferuf der Jesiden ist angekommen – und das war für meine Arbeit der Wendepunkt. Aber natürlich wünsche ich mir, dass künftig auch Jesiden und Juden im Parlament die Vielfalt unseres Landes sichtbar machen, als deutsche Staatsbürger, die auch ihre religiösen Hintergründe vermittelnd einsetzen.

*Berger:* Die Juden in Deutschland waren nach dem Krieg nur eine kleine Gemeinde auf gepackten Koffern. Man war zwar Deutscher, aber eher Beobachter – es war ja nicht klar, ob man wirklich bleiben kann. Das ändert sich langsam, etwa mit der Ankunft von 200.000 Juden mit russischen Wurzeln. Ich glaube, für deren Kinder wird es in den nächsten Jahren normal sein, in die Politik zu gehen. Und das kann die Politik um wichtige Perspektiven bereichern.



## Wie sehen Sie die Zukunft der Juden in Deutschland?

*Berger:* Ich bin optimistisch, dass Juden wieder ein wichtiger Teil der deutschen Gesellschaft sein werden. Es kann nie wieder das alte Judentum sein, aber etwas Neues, Lebhaftes, das sehr viel beiträgt zu einem toleranten, innovativen Land. Das wünsche ich mir sehr für Deutschland. Und davon hängt meines Erachtens Deutschlands Platz in der westlichen Welt ab. Juden müssen in Deutschland eine Zukunft haben, da haben wir keine Wahl. Aber wie gut das gelingt, das können wir sehr wohl beeinflussen.

## Frau Tekkal, wie bewahren Sie etwa angesichts des Völkermords im Sindschar-Gebirge Ihren Optimismus?

*Tekkal:* Wir sind ja immer noch da, wir haben es überlebt. Wir haben uns nicht wie die Lämmer zur Schlachtbank führen lassen. Deshalb muss auch das Sindschar-Gebirge, bei all dem Blut, mit dem es getränkt ist, eine Geschichte der Zuversicht werden. Ich halte es mit Martin Luther: „Wenn ich wüsste, dass morgen die Welt untergeht, würde ich heute noch einen Apfelbaum pflanzen.“ Das unterscheidet uns von den Hasspredigern und Populisten, dass wir uns nicht zufrieden geben mit den Zuständen, dass wir uns für eine bessere Welt stark machen. Werte gibt es nicht für lau, die fallen nicht wie Sterntaler vom Himmel und wir halten bloß die Schürze auf. Für eine gute Welt und eine verantwortungsbereite Gesellschaft müssen wir kämpfen, tagtäglich.



# Gehört der Islam zu Deutschland?

Ja, aber er muss reformiert werden

Gehört der Islam zu Deutschland? Diese Frage kann eindeutig und doch differenziert beantwortet werden. Ein Islam der Salafisten, ein Islam von Verbänden wie DITIB, ein Islam von Organisationen, die unser Grundgesetz ablehnen, gehört nicht zu Deutschland. Doch zu Deutschland gehört die Vielfalt der Muslime, die seit Jahrzehnten hier leben und einen Teil unserer Gesellschaft bilden. Zu Deutschland gehört ein Islam, der ohne Wenn und Aber hinter Demokratie und Menschenrechten steht. Es gilt das deutsche Grundgesetz und die darin festgeschriebene Freiheit der Religion. Muslime in diesem Land haben dieselben Rechte, aber auch Pflichten wie jeder andere gläubige oder nichtgläubige Mensch.



**Ahmad Mansour**  
Sprecher des Muslimischen  
Forums Deutschland

Eben weil der Islam zu Deutschland gehört, muss er reformiert werden

Doch das Thema ist komplex und vielschichtig, denn die deutschen Muslime folgen einer großen Bandbreite unterschiedlicher Islamverständnisse. Nicht jedes ist dabei mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar. Konservative und Fundamentalisten, Islamisten und Salafisten predigen eine buchstabentreue Auslegung des Korans. Veraltete Werte, die in Deutschland schon vor Jahrzehnten diskutiert und bekämpft wurden, bekommen neuen Aufwind und widersprechen unserem Ideal einer offenen und demokratischen Gesellschaft. Solche Islamverständnisse

haben in Deutschland keinen Platz. Eben weil der Islam zu Deutschland gehört, muss er reformiert werden. Es bedarf einer offenen und kritischen Debatte, die Probleme erkennt und sie differenziert in der Mitte der Gesellschaft diskutiert. Diese Themen rechten Parteien und Gruppierungen zu überlassen ist ein Fehler, der schon viel zu oft begangen wurde. Wir müssen erkennen, wer Teil des Problems ist und wer Partner bei dessen Lösung sein kann. Nur so wird es einen zukunftsfähigen und progressiven Islam in Deutschland geben.

## Die Religion steht nicht vor dem Grundgesetz

Doch welcher Islam gehört nicht zu Deutschland? Wie erkennen wir in der Praxis Bräuche und Traditionen, die mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sind und wie gehen wir damit um? Grundsätzlich gilt auch hier dasselbe wie für jeden anderen Bürger – das Grundgesetz. Ein kritischer Umgang mit dem Islam fängt nicht erst bei einer Debatte über Gewalt und Terrorismus an. Er beginnt mit der grundsätzlichen Frage, wie ein Islamverständnis zu unserer Verfassung steht. Viele Auslegungen des politischen Islams existieren auf gemeinsamer Basis. Werte, die unter anderem von islamistischen Fundamentalisten gelebt werden, finden sich in möglicherweise abgeschwächter Form auch bei konservativen Vereinen und Moscheen wieder. Das können Frauenfeindlichkeit, Homophobie, Antisemitismus und ein patriarchalisches Verständnis von Staat und Familie sein. Solche Werte stehen in direktem Konflikt zu unserem Grundgesetz, werden aber natürlich nicht von allen Muslimen gelebt. Wer hier pauschalisiert, begeht einen Fehler. Jedoch müssen problematische Werte erkannt, diskutiert und kritisiert werden. Wir dürfen nicht den Fehler machen, aus falscher „Toleranz“ auf den kritischen Anspruch zu verzichten, den wir auch an uns selbst stellen. Die Religion steht nicht vor dem Grundgesetz.

Immer wieder werde ich von Menschen kontaktiert, die sich an genau diesem Punkt befinden. Pädagogen, Sozialarbeiter, Beamte und viele mehr suchen nach einem richtigen Umgang mit Menschen aus muslimischen,

traditionellen und patriarchalen Strukturen. Sie handeln gutmütig, machen dabei aber den unbewussten Fehler, religiöse und traditionelle Werte anderer Kulturen über die des Grundgesetzes zu stellen. Aus der Angst, diskriminierend aufzutreten, verschärfen sie so das Problem. Da geht es dann zum Beispiel um religiöse Symbole in Schulen, um die Befreiung muslimischer Schüler vom Unterricht für das Freitagsgebet und um muslimische Schülerinnen, die nicht am Schwimmunterricht teilnehmen dürfen. Vor allem der letzte Punkt zeigt, wieso das fehlende Ziehen von Grenzen problematisch sein kann. Wollen wir wirklich zulassen, dass ein junges Mädchen nur wegen ihrer Religion in der Schule weniger lernt? Es ist schlicht rassistisch, dies nur auf Grund der religiösen Tradition ihrer Familie zu akzeptieren.

## Grenzen der Religionsfreiheit in Deutschland neu diskutieren

Wir müssen die Grenzen der Religionsfreiheit in Deutschland neu diskutieren. Wie wollen wir mit religiösen Symbolen in öffentlichen Räumen und Gebäuden umgehen? Tolerieren wir religiöse Kleidung im Beruf, insbesondere bei öffentlichen Ämtern? Haben Anhänger

Frauen beim Mittagsgebet  
in der Sehlik Moschee in  
Berlin-Neukölln



einer Religion in Schulen Recht auf eigene Gebetsräume? Wie viel Einfluss darf die Religiosität einer Familie auf die Ausbildung ihrer Kinder haben? Diese Fragen müssen Teil einer innermuslimischen, aber auch gesamtgesellschaftlichen Debatte sein. Sie auszublenden wäre fahrlässig und diskriminierend. Wenn wir Menschen aus Rücksicht auf ihre Tradition und religiösen Werte vor Kritik schützen wollen, ist dies doppelt falsch. Wir veraten damit die Werte unseres Grundgesetzes und wir entmündigen die Muslime in diesem Land. Indem wir unsere Kritik nicht direkt äußern, unterstellen wir ihnen, sich nicht kritisch mit ihrer Religion auseinandersetzen zu können. Wir nehmen sie in Schutz und unterstützen dabei Werte, die für uns selbst niemals gelten würden. Wer diese Gefahren ignoriert, schafft Raum für Extremismus und spaltet die Gesellschaft.

## Gemeinsame Werte erkennen und leben

Die Fehler der Vergangenheit müssen jetzt behoben werden, sonst werden sich diese Probleme weiter verschärfen. Es bedarf einer Schulreform. Wir brauchen dort Räume der Dialoge, in denen Werte vermittelt und ein Wir-Gefühl geschaffen wird, das die Jugend für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung begeistern kann. Zudem müssen Lehrer und Sozialarbeiter speziell geschult werden, um islamistische Tendenzen zu erkennen. Auf Fortbildungen muss Wissen vermittelt werden, das im Umgang mit muslimischen Schülern und Familien im Alltag, auf Ämtern und in Erziehungseinrichtungen hilft. Es muss klare Grenzen geben, die dort offen kommuniziert werden. Auch das fehlende Bekenntnis deutscher Islamverbände zu einem Islam, der sich dem Grundgesetz unterordnet, behindert diesen Prozess erheblich. Werte wie Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung von Frau und Mann sowie die Regeln einer demokratischen Gesellschaft sind nicht verhandelbar. Es gibt in Deutschland keinen Raum für Rassismus, Antisemitismus und Homophobie. Dies gilt unabhängig von Religion, Tradition und Herkunft. Einige Fragen können wir natürlich nicht eindeutig beantworten. Sie gänzlich zu ignorieren wäre jedoch der größere Fehler.

Auch und insbesondere dem Problem des islamistischen Extremismus müssen wir präventiv begegnen. Wir müssen gefährdete Menschen im Alltag erkennen und ihnen helfen können. Dazu gehört es, in kritischen Phasen der Orientierungslosigkeit Auswege anzubieten. Dies kann zum Beispiel über eine effektive Präventionsarbeit im Internet geschehen. Die bisherigen Mittel reichen hier nicht aus.

## Islam und Integration

Besonders jetzt, wo viele Menschen aus arabischen Staaten und Regionen nach Deutschland gekommen sind, stellt sich die Frage nach einer erfolgreichen Integration. Müssen die Neuankömmlinge ihre muslimischen Bräuche und Traditionen ablegen, um sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren? Sind ihre Werte mit dem Grundgesetz vereinbar? Viele dieser Menschen sind aus prädemokratischen Staaten geflohen. Entweder vor Krieg oder vor der Perspektivlosigkeit ihrer politisch und wirtschaftlich stagnierenden Gesellschaften. Für viele sind die Werte der Bundesrepublik neu und in Teilen sogar bedrohlich, da sie in Konflikt zu ihren Traditionen stehen. Bürgerliche Freiheiten, sexuelle Selbstentfaltung und die Gleichberechtigung von Mann und Frau sind nicht zwingend Teil ihrer Sozialisierung gewesen. Erfolgt nun aus Angst vor dem Neuen ein Festklammern an alten Werten, wird eine erfolgreiche Integration nahezu unmöglich. Hier müssen wir ansetzen. Es ist falsch, die Zugewanderten und ihre Lebensweise pauschal zu diskriminieren. Rechte Gruppierungen und Parteien tun dies und es ist notwendig, dass sich die Mehrheitsgesellschaft davon abgrenzt. Dennoch müssen wir es schaffen, die komplexe und teilweise gefährliche Realität zu erfassen und ihr angemessen zu begegnen. Dafür müssen wir uns zuerst selbst auf gemeinsame Werte in diesem Kontext einigen. Anderweitig können wir Neuankömmlingen kaum vermitteln, was wir von ihnen erwarten.

Unsere Gesetze gelten unabhängig von Herkunft, Religion und Hautfarbe. Dies klar und mutig zu kommunizieren sollte unser selbstverständliches Hauptanliegen sein.

In der Schule kann dies über einen Ethikunterricht geschehen, der verpflichtend und gleichberechtigt zum Religionsunterricht stattfindet. Menschen, die neu nach Deutschland gekommen sind, bekommen ein Grundgesetz in ihrer Sprache und werden lebensnah mit dessen Inhalt vertraut gemacht. Simpler Frontalunterricht kann das nicht leisten. Vielmehr muss in einem offenen Dialog vermittelt werden, welche Rechte und Pflichten, welche Vorzüge und Verantwortungen ein Leben auf Basis des Grundgesetzes mit sich bringt. Dabei muss klar sein, dass diese Grundsätze nicht verhandelbar sind und religiöse sowie traditionelle Werte ihnen untergeordnet werden müssen. Erfolgreiche Integration heißt nicht nur, dass diese Menschen Deutsch sprechen und hier wohnen und arbeiten können. Eine erfolgreiche Integration muss es schaffen, die Werte einer Demokratie zu vermitteln, sodass sie im Alltag gelebt werden. Dies gelingt uns bis heute nicht ausreichend.

## Der deutsche Islam braucht eine Reformation

Wer leugnet, dass der Islam in Deutschland reformiert werden muss, versagt den einheimischen und zugewanderten Muslimen ihren Platz in dieser Gesellschaft. Ein deutscher Islam muss frei von Fundamentalismus und kritikfähig sein. Wenn wir weiterhin ignorieren, dass viele der islamischen Traditionen mit unserem Grundgesetz unvereinbar sind, wird sich nichts ändern.

Es gibt einen Weg. Eine Debatte, die offen und ohne Tabus von der gesamten Gesellschaft geführt wird. Eine Debatte, die weder von rassistischen Diskriminierungen, noch von falscher „Toleranz“ geprägt ist. Eine Debatte, die Muslime ernst nimmt und sie mit sträflich vernachlässigter Kritik konfrontiert. Eine Debatte, die konstruktiv und zukunftsweisend feststellt, wie ein moderner progressiver Islam im Rahmen des Grundgesetzes existieren kann. Diese vor allem innerislamische Debatte muss durch eine kritische und differenzierte gesamtgesellschaftliche Diskussionskultur gefördert werden. Wer Muslime pauschal diffamiert macht denselben Fehler wie der, der die Probleme des Islams nicht benennt.

# Die verheerende Lage christlicher Minderheiten in nichtdemokratischen Ländern

Warum die Weltchristenheit zunehmend unter Diskriminierung und Verfolgung leidet



**Prof. Dr. Thomas Schirmacher**  
Direktor des Internationalen  
Instituts für Religionsfreiheit

Im Ersten Weltkrieg haben die großen christlichen Nationen im Namen des christlichen Gottes Krieg gegeneinander geführt und ihre jeweiligen Staatskirchen haben die Völker der Gegner verteufelt. Noch in den 1920er Jahren hätte man nicht einfach sagen können, das Christentum sei in der Breite friedlich, weigere sich, Menschen zum Glauben zu zwingen und habe die Religionsfreiheit auf seine Fahne geschrieben. Im Gegenteil: Fundamentalismus in allen Konfessionen war auf dem Vormarsch, Gekungele mit vermeintlich christlichen Diktatoren oder gar deren offene Unterstützung als Männer der Kirche an der Tagesordnung.

Der christlich verbrämte Kolonialismus wollte die Kolonien nicht frei geben und vor allem lebte der Traum vom konfessionellen, christlichen Staat oder zumindest das Einspannen des Staates für die Verbreitung der eigenen Konfession war noch an der Tagesordnung.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg begann ein Weg des Christentums in seiner Breite zur Anerkennung von Demokratie und vor allem zur Aufnahme der Menschenrechte und namentlich der Religionsfreiheit in die Grundlehren der Kirchen, die Mitte der 1960er in der Theorie (der Lehre) obsiegte und in den folgenden Jahrzehnten immer mehr die Realität bestimmte.

Spätestens mit der Erarbeitung und Unterzeichnung des Dokuments „Christliches Zeugnis in einer multireligiösen Welt“ durch fast alle Kirchen wurde klar, dass das



konstantinische Zeitalter endgültig vorbei ist und es gegen die christliche Lehre und gegen den Geist Jesu Christi gerichtet ist, andere Menschen zum Glauben zu zwingen, den Staat dazu zu missbrauchen. Zugleich wird jede Art von Mission, die die Menschenrechte anderer nicht respektiert, verworfen. Nordirland wirkte lange als Relikt der Vergangenheit, schließlich gingen die Kirchen und Christen aufeinander zu und beendeten die religiöse Seite des Kampfes.

Auch der Atheismus bzw. die nichtreligiösen Weltanschauungen haben in ihrer Breite zeitverschoben eine ähnliche Entwicklung durchgemacht. Gewaltsame Regime, die alle Religionen ausrotten wollten oder den

Islamistische Gewalt nimmt zu. Hier betet ein Christ in einer vom IS zerstörten Kirche im Nordosten Syriens.





Staat nutzen, um eine nichtreligiöse Weltanschauung zu erzwingen, beherrschten zeitweise weite Teile der Welt. Sie sind mit dem Ende der Sowjetunion weitgehend verschwunden und einem eher friedlichen intellektuellen Diskurs gewichen. Länder wie China, Kuba oder Nordkorea, die noch aus dieser Tradition stammen, sind dabei nur noch bedingt atheistisch bestimmt und schwer einzuordnen.

## Die leidvolle Entwicklung innerhalb von Islam und Hinduismus

Im Gegensatz dazu haben – leider Gottes – Islam und Hinduismus eine gegensätzliche Entwicklung genommen. Der Hinduismus erst in jüngster Zeit, denn gegenwärtig herrscht in Indien ein Ministerpräsident, der dem Hindufundamentalismus anhängt („Hindutva“). Und in einem Bundesstaat wurde ein fanatischer Priester zum Ministerpräsidenten, der offen Menschen unterstützt, die Anhängern anderer Religionen die Lebensgrundlage entziehen, etwa weil sie Rinder züchten. Die Zunahme und geografische Ausbreitung islamistischer Gewalt vollzieht sich noch viel unmittelbarer vor unseren Augen.

Mir geht es hier nicht um eine Verunglimpfung von Muslimen oder Hindus oder um pauschale Aussagen über Religionen mit enorm vielen Spielarten, immerhin sind die friedlichen Muslime und Hindus auch in großen Zahlen Opfer der gewaltbereiten Flügel ihrer Religionen. Sondern es geht um den weltweiten Trend: Die gewaltsamen Flügel von Christentum und nichtreligiösen Weltanschauungen sind auf dem Rückzug, die gewaltsamen Flügel innerhalb von Islam und Hinduismus wachsen und gewinnen weltweit ständig weitere Unterstützer und es sind diese vier Gruppen, denen die große Mehrheit der Menschen angehören. Indien ist erst allmählich auf der Karte der Christen und Muslime verfolgenden Länder erschienen. Ein trauriges Beispiel ist Indonesien, das ich viele Jahre als Beispiel für einen friedlichen Islam und eine säkulare Demokratie angeführt habe, wo es aber immer häufiger Eruptionen von lokaler Gewalt und Großdemonstrationen gegen christliche Politiker gibt und die Gesamtentwicklung große Sorgen bereitet.

Nur innerhalb dieser Koordinaten kann man die Lage der Christen weltweit verstehen. Gerade weil Christen bewusst auf eine gewaltsame Verteidigung der Kirchen verzichten, gerade weil sie säkulare Demokratien mit Religionsfreiheit fördern und keinen ‚christlichen‘ Staat mehr auf ihrer Seite haben und haben wollen, werden sie zu leichten Opfern von gewaltbereiten religiösen Strömungen und von Menschenrechte verachtenden Staaten, in denen sie als Minderheiten leben. Wo der Staat die Rechte der Christen nicht schützt, sind sie willfähige Spielbälle der Diskriminierung und der Gewaltspiralen.

Das Christentum genießt mit mehr als vier Fünfteln seiner Anhänger die Sonnenseite der Religionsfreiheit stärker als die anderen großen Weltreligionen, aber zunehmend auch mit dem letzten Fünftel seine Schattenseite stärker. Das hat natürlich damit zu tun, dass fast alle ehemals ‚christlichen‘ Staaten, also Staaten mit einer christlichen Bevölkerungsmehrheit, heute Religionsfreiheit gewähren. Eine gewisse Ausnahme von der Regel bieten einige der orthodoxen Länder, die sich noch im Zwischenfeld zwischen Demokratie und autokratischen Staaten befinden, wie beispielweise Russland. Und es hat auch damit zu tun, dass mittlerweile ‚Religionsfreiheit‘ für alle Menschen zum integralen Teil der christlichen Lehre aller Konfessionen geworden ist.

Andererseits hat keine andere große Religionsgemeinschaft einen so hohen Prozentsatz an Angehörigen aufzuweisen, die von ständigen Schikanen bis hin zur Bedrohung an Leib und Leben betroffen sind. Und auch unter den kleineren Religionen gibt es nur wenige mit vergleichbaren Prozentsätzen, wie etwa die Baha'i, die dies wesentlich ihrer Gründung im Iran und ihrer starken Verbreitung in der islamischen Welt zu verdanken haben.

Christen genießen so viel Religionsfreiheit, weil sie in Demokratien leben, die in praktisch allen ehemals christlichen Ländern entstanden sind. In der islamischen Welt ist das genau umgekehrt. Unter den Ländern, in denen es keine Demokratie gibt, sind über 80 Prozent muslimische

Länder. Es gibt in diesen Ländern keine demokratischen Freiheiten, damit auch nicht für andere als die Staatsreligionen und damit auch nicht für Christen. Deswegen genießen überwiegend die Muslime Religionsfreiheit, die als Minderheiten in nichtmuslimischen Ländern leben – in völliger Umkehrung der Lage der Christen.

Eine von außen schwer zu erklärende Entwicklung verschärft die Problematik ständig: Gerade dort, wo ihre Religionsfreiheit beschränkt ist, wachsen die Kirchen meist am schnellsten. Das ist kein Automatismus, die DDR hat ja auch kein Kirchenwachstum hervorgebracht. Aber es ist die weltweite Realität.

## Rohe Gewalt in großen Dimensionen

Die Gewalt gegen Christen reicht vom Mord an Nonnen in Indien über das Abfackeln von Kirchen in Indonesien und dem Verprügeln von Priestern in Ägypten über die Folter eines ‚widerspenstigen‘ Pfarrers in Vietnam bis hin zur Verstoßung von Kindern aus ihrer Familie in der Türkei oder Sri Lanka.

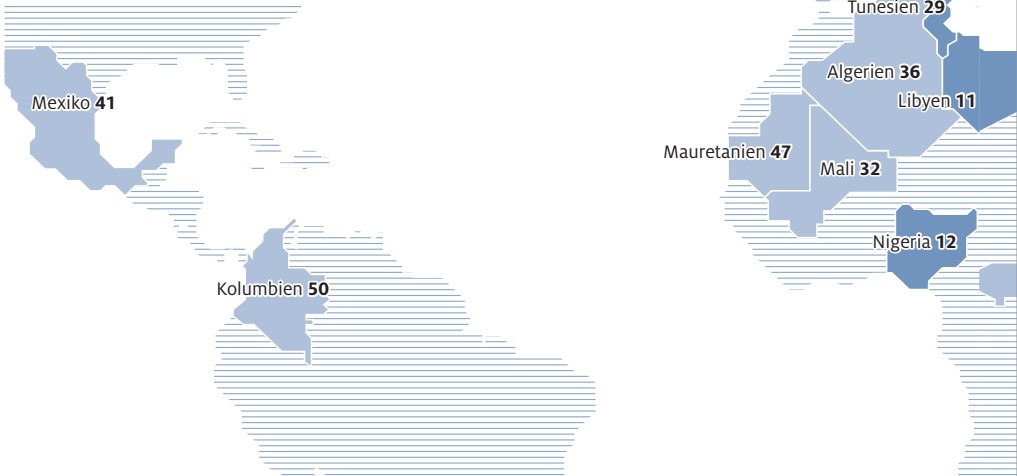
Zu den 50.000 betroffenen Christen aus dem indischen Bundesstaat Orissa, die in den Jahren 2008/2009 aus ihren Häusern vertrieben wurden, wobei etwa 500 Menschen starben, und die immer noch weitgehend in Zelten leben, gibt es keine Parallele in Indien. Zu den 100.000 mit Waffengewalt auf den indonesischen Mollukken-Inseln vertriebenen Christen in den Jahren 2000/2001 (bei denen es mehrere tausend Tote gab) gibt es kaum Parallelen. Die Vertreibung von Hunderttausenden Christen aus dem Irak in den Jahren 2007 bis 2009 war seinerzeit ohne Parallele in der Religionswelt, heute wissen wir, dass es noch schlimmer kommen konnte. Dies findet nun leider aktuell vor allem in Syrien eine Fortsetzung. Vor unseren Augen nimmt der Anteil der alteingesessenen orientalischen und katholischen Kirchen in den islamischen Kernländern dramatisch ab.

Des Weiteren bekommen wir praktisch täglich Meldungen von Kirchen, die angesteckt oder zerbombt werden,

# Weltverfolgungsindex 2017

Wo Christen am stärksten verfolgt werden

Die überkonfessionelle kirchliche Hilfsorganisation Open Doors erstellt im Hinblick auf die Situation der Christen einmal im Jahr den Weltverfolgungsindex. Je problematischer die Situation ist, desto kräftiger ist der Farbton des entsprechenden Landes auf der Karte. Die Nummern entsprechen der Platzierung des Landes auf dem Index. Entsprechend ist die Lage der Christen in Nordkorea am schwierigsten.

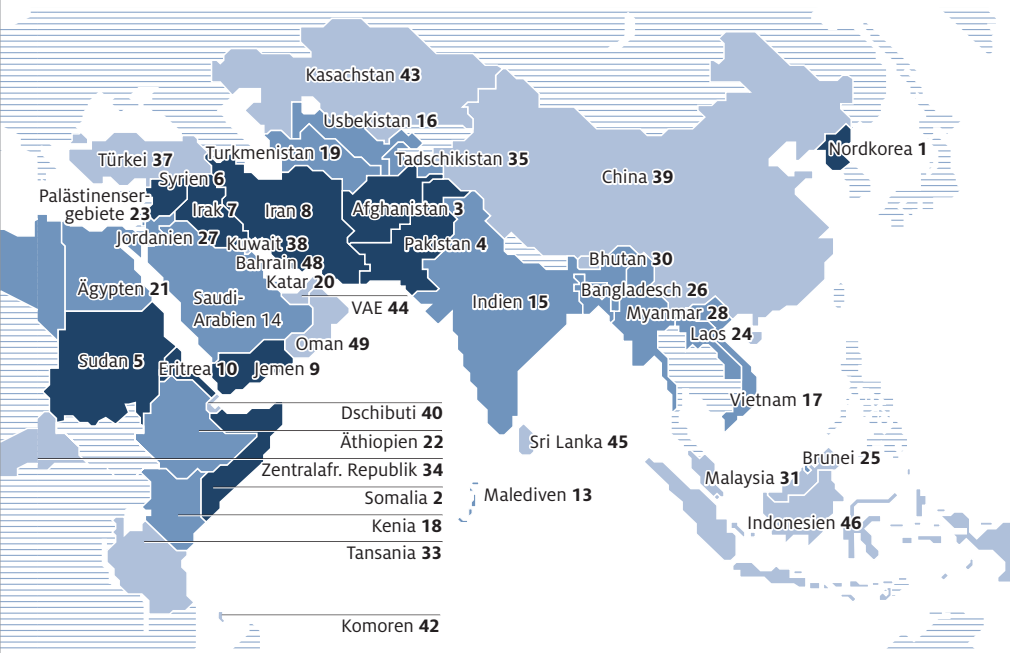


Quelle: [www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

wobei Christen sterben, selten aus Ländern wie Nepal, Sri Lanka oder Indien, schon häufiger aus Pakistan und Indonesien, ständig aber aus Ägypten, Irak, Syrien oder Nigeria. Und ganz häufig liegt die Zahl der Todesopfer über 20, bisweilen bei 50. Die manchmal genannte Zahl von 100.000 christlichen Märtyrern pro Jahr entbehrt jeder Grundlage, aber – stark schwankend – kann man von 3.000 – 10.000 solcher Märtyrer jährlich ausgehen.

Demokratische, säkulare Staaten sind hier gefordert

Der deutsche Staat ist schon lange kein christlicher Staat mehr. Er kann sich für diskriminierte und verfolgte Christen in anderen Ländern nicht mehr als koloniale



Schutzmacht einsetzen. Dasselbe gilt auch für Atheisten weltweit, die in vielen derselben Länder in sehr viel kleinerer Zahl leben, oft aber noch brutaler verfolgt werden. Wenn sich der säkulare Rechtsstaat aber nicht für diskriminierte und verfolgte Christen einsetzt, das heißt vor allem für christliche Minderheiten in nicht demokratischen Ländern – wie selbstverständlich für Anhänger jeden anderen Glaubens auch –, setzt sich am Ende niemand mehr für die Christen ein. Ich denke, dass es dem säkularen Rechtsstaat gut gelingen kann, sich für die Menschenrechte und Religionsfreiheit von Christen weltweit einzusetzen, ohne in den Verdacht zu kommen, er setze sich nicht für andere Religionen oder für nicht-religiöse Menschen ein oder wolle eine bestimmte Religion oder Weltanschauung propagieren.

Dazu kommt: Würde es mehr umfassende Demokratien in der islamischen Welt geben, gäbe es dort auch mehr Religionsfreiheit, und natürlich dann auch für Christen. Also muss es im Interesse eines säkularen Rechtsstaates wie Deutschland sein, auf allen Kanälen Demokratieansätze in der islamischen Welt zu fördern, Dialog zu ermöglichen und zu helfen, gewaltsame, religiöse Bewegungen weltweit zu beschränken.

Die Sicherheitsbehörden können doch auch in Deutschland ein besonderes Augenmerk auf derzeit bedrohte Gottesdienste oder Gotteshäuser der koptischen Kirche und anderer orientalischer Kirchen haben und sie gegebenenfalls durch Polizeipräsenz schützen, ohne deswegen den ebenso gebotenen Schutz von Synagogen oder Moscheen aufzugeben. Gerade weil Menschenrechte und Religionsfreiheit unteilbar sind, schulden wir es auch der christlichen Minderheit weltweit, ihr Schicksal bekannt zu machen und jedes rechtsstaatliche Mittel zu ihrem Schutz einzusetzen.

# Religionsfreiheit fördern, Christen schützen

Das Engagement der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Stephanuskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heribert Hirte, über die Bedeutung der Religionsfreiheit und die Situation der Christen in aller Welt.

**Heribert Hirte, warum hat sich in der CDU/CSU-Fraktion eigens ein Forum gebildet, das sich um bedrängte Christen kümmert und für Religionsfreiheit eintritt?**

Uns Mitglieder des Stephanuskreises eint die Überzeugung, dass Religionsfreiheit ein individuelles Freiheitsrecht ist, für das hör- und sichtbar eingetreten werden muss – und zwar in allen Bereichen der parlamentarischen Arbeit: in der Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik ebenso wie in der Bildungspolitik. Deshalb haben sich im Jahr 2010 Parlamentarier aller Fachrichtungen zusammengeschlossen. In unserem Kreis, benannt nach dem ersten christlichen Märtyrer, kümmern wir uns speziell um Christen, die aufgrund ihres Glaubens diskriminiert werden. Wir laden Betroffene ein, reisen zu ihnen, weisen die Verantwortlichen in ihren Heimatländern auf Missstände hin und zeigen den Bedrängten so: Wir sind da für Euch, wir hören und sehen Euer Leid, wir setzen uns für Euch ein.



**Prof. Dr. Heribert Hirte MdB**  
Vorsitzender des Stephanuskreises

**Der Stephanuskreis legt den Fokus auf Christen. Warum reicht es Ihnen nicht, sich für die Religionsfreiheit an sich einzusetzen?**

Unser Schwerpunkt liegt auf den bedrängten Christen, schlicht, weil wir Abgeordnete einer christlichen Partei sind und weil die Christen häufig zu den unterdrückten religiösen Minderheiten gehören. Das heißt aber nicht, dass wir andere Gruppen benachteiligen! Wenn wir für die Rechte von Christen kämpfen, kämpfen wir indirekt für die Rechte aller, die ihren Glauben nicht frei und offen leben können. Denn überall dort, wo Christen unterdrückt werden, werden auch andere Gläubige eingeschüchtert und in ihrer Freiheit beschnitten. Wir schreien auf, wenn in Ägypten und anderswo Christen diskriminiert oder Opfer von Anschlägen werden. Umgekehrt schweigen wir aber auch nicht, wenn in Deutschland die Feindschaft gegenüber dem Islam wächst oder Religionsfreiheit zunehmend als Freiheit vom Christentum missverstanden wird. Wie jede Freiheit gilt auch die Religionsfreiheit für alle Menschen.

**Religionsfreiheit ist nicht das einzige Menschenrecht, das viele Staaten ihren Bürgern verwehren. Warum legt der Stephanuskreis ausgerechnet darauf sein Augenmerk?**

Weil die Religionsfreiheit für uns eines der wichtigsten Menschenrechte ist. Der eigene Glaube – oder auch Nicht-Glaube – bildet für viele Menschen die Basis für das eigene Leben. Ich mag deshalb die Formulierung, dass die Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit das Herzstück unserer Freiheitsrechte ist. Und: Überall dort, wo die Menschen ihre Religion nicht frei leben können, sind auch andere Menschenrechte eingeschränkt. Wenn wir die Religionsfreiheit stärken, wirkt sich das auch auf die anderen Freiheitsrechte positiv aus.

**Was konkret trägt die CDU/CSU-Fraktion zur Stärkung der Religionsfreiheit bei?**

CDU und CSU haben mit Volker Kauder an der Spitze entscheidende Impulse gesetzt. Wir sensibilisieren die Öffentlichkeit für das Thema und haben die Veranstaltungsreihe „Das C ist für uns Programm“ ins Leben gerufen. Bereits 2010 haben wir uns dafür eingesetzt, dass der Bundestag den Antrag „Religionsfreiheit weltweit



schützen“ verabschiedete. Auch im Koalitionsvertrag mit der SPD von 2013 ist der Einsatz für die Religionsfreiheit auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion festgeschrieben.

In Deutschland und ganz Europa wird die Religionsfreiheit besser umgesetzt als in vielen anderen Regionen der Welt. Das ist unter anderem nachzulesen im ersten Bericht der Bundesregierung zum Stand der Religionsfreiheit weltweit, der auf unser Drängen hin 2016 erstmals vorgelegt wurde.

**Das sind alles Aktivitäten im Parlament selbst. Was können Abgeordnete noch tun, um die Lage der religiös Verfolgten zu verbessern?**

Unsere effizienteste Waffe im Kampf für die Religionsfreiheit ist das Wort! Das heißt, wir müssen bei Verstößen laut aufschreien – das gilt nicht nur für die Abgeordneten,

Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich für verfolgte Christen ein. Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder reiste im Herbst 2014 nach Erbil, wo viele irakische Christen Zuflucht vor dem IS fanden.



sondern für alle in der Gesellschaft. Wir müssen dafür kämpfen, dass unser Verständnis der Religionsfreiheit Vorbildcharakter hat. Wir im Stephanuskreis schreiben Appelle an Regierungen, wir machen aber ebenso in den Medien auf das Thema aufmerksam.

Wichtig ist auch, sich international zu vernetzen. Im „International Panel of Parliamentarians for Freedom of Religion or Belief“ haben sich deshalb Parlamentarier unterschiedlichster Parteien und Glaubensrichtungen aus rund 45 Ländern zusammengeschlossen. Auf Einladung der CDU/CSU-Fraktion hat im vergangenen September ein gemeinsamer Kongress in Berlin stattgefunden. Je besser es uns gelingt, mit einer Stimme zu sprechen, desto erfolgreicher sind wir. Öffentlicher Druck von allen Seiten hilft! Kein Staat der Welt möchte ewig am Pranger stehen.

**Auf EU-Ebene gibt es seit 2016 einen Sonderbotschafter für die Religions- und Glaubensfreiheit. Wie bewerten Sie diese Entwicklung?**

Die Einrichtung dieses Postens zeigt, dass das Thema in der EU ernst genommen wird, aber leider auch, dass die Bedrohungen für die Religionsfreiheit weltweit zugenommen haben in den vergangenen Jahren. Umso wichtiger ist dieser EU-Sonderbotschafter – momentan heißt er Ján Figel – der weltweit auf Missstände aufmerksam macht. Das Mandat wurde kürzlich von ursprünglich einem Jahr auf zwei Jahre verlängert. Ich halte es für wichtig, dass dieser Zeitraum noch weiter ausgeweitet wird und Ján Figel personelle Unterstützung für seine bedeutende Aufgabe bekommt.

# Die Internationale Parlamentarierversammlung für Religionsfreiheit

Abgeordnete aus aller Welt engagieren  
sich für den freien Glauben

Am 30. November 2014 gründete sich in Oslo die Internationale Parlamentarierversammlung für Religionsfreiheit, auch genannt „International Panel of Parliamentarians for Freedom of Religion or Belief“ (IPPFoRB). Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion war dabei von Anfang an einbezogen. Das überparteiliche Parlamentariernetzwerk engagiert sich für Glaubens- und Gewissensfreiheit, die in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte geschützt werden. 2015 und 2016 fanden zwei große Konferenzen in New York und Berlin statt. Wie arbeitet das Netzwerk? Was hat man erreicht? Was ist noch zu tun?

## Die Ausgangssituation

- 1.** Drei Viertel der Weltbevölkerung leben in Ländern, in denen die freie und friedliche Ausübung von Religion eingeschränkt ist. Verletzungen dieses Rechts gehen sowohl von staatlichen als auch von nichtstaatlichen Akteuren aus; sie richten sich gegen Individuen oder ganze Glaubensgemeinschaften, die nicht der „offiziellen“ oder „Staatsreligion“ angehören oder lediglich den „falschen“ Glauben haben. Immer häufiger hindern Regierungen und extremistische Gruppierungen Menschen mit Gewalt oder Repression daran, ihren Glauben auszuüben.
- 2.** Es handelt sich hierbei nicht nur um ein Menschenrechtsproblem. Das Thema Religionsfreiheit betrifft auch Fragen nationaler und internationaler Sicherheit sowie allgemeine humanitäre Fragen. Wenn die Ausübung von

Religion unterdrückt wird, ist das ein Nährboden für Instabilität und Extremismus; es führt zu Fluchtbewegungen und Massenmigration und bedroht auch andere Grundrechte wie die Rede-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit.

3. Diejenigen, die schwerwiegende Verletzungen des Rechts auf Religionsfreiheit begehen und Menschen religiös verfolgen, sind miteinander vernetzt. Autoritäre Regierungen tauschen sich über Praktiken der Repression aus und schützen einander in internationalen Gremien wie den Vereinten Nationen. Extremistische Gruppen bilden transnationale Netzwerke – seien es Gruppen, die sich mit dem IS identifizieren, oder buddhistische Mönche aus Myanmar, die sich mit buddhistischen Extremisten in Sri Lanka und Thailand über ihre Taktiken austauschen.

4. Parlamentsabgeordnete aus aller Welt ergriffen die Initiative, um der Herausforderung effektiv begegnen zu können. Das Ergebnis war die Internationale Parlamentarierversammlung für Religionsfreiheit (International Panel of Parliamentarians for Freedom of Religion or Belief, IPPFoRB), in der Abgeordnete ihr politisches Kapital für den Einsatz gegen religiöse Verfolgung und die Förderung von Religions- und Glaubensfreiheit für alle bündeln und gemeinsam einsetzen können.

## Die Reaktion: Internationale Parlamentarierversammlung für Religionsfreiheit

5. Die IPPFoRB wurde im November 2014 im Nobel Peace Center im norwegischen Oslo ins Leben gerufen, als 30 Abgeordnete aus aller Welt eine bis dahin beispiellose Erklärung unterzeichneten, in der sie sich zur Förderung der Religionsfreiheit für alle verpflichteten. Diese Charta für Religions- und Glaubensfreiheit verpflichtet Abgeordnete, die Religions- und Glaubensfreiheit aller Menschen durch ihre Arbeit und entsprechende Institutionen zu fördern sowie die globale Zusammenarbeit in diesem Bereich zu verstärken.

**6.** Die IPPFoRB ist ein internationales Netzwerk von Abgeordneten und Gesetzgebern, die sich den Zielen der Bekämpfung religiöser Verfolgung und der Förderung von Religions- und Glaubensfreiheit im Einklang mit Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (AEMR) verschrieben haben. Alle teilnehmenden Abgeordneten bekennen sich zu dem Grundsatz der Charta, Religionsfreiheit für alle zu fördern, was ausdrücklich das Recht einschließt, zu glauben oder nicht zu glauben, den Glauben zu wechseln und mit anderen über seinen Glauben zu sprechen.

**7.** Die Vision der IPPFoRB ist eine Welt, in der jeder Mensch das unveräußerliche Recht auf Freiheit der Gedanken, des Gewissens, der Religion und des Glaubens im Einklang mit Artikel 18 AEMR genießt. In diesem Sinne verpflichtet die Charta von Oslo als Gründungsdokument der IPPFoRB die Parlamentarierversammlung dazu, sich aktiv für die folgenden Ziele einzusetzen:

- Förderung der Religions- und Glaubensfreiheit für alle Menschen durch eigene Aktivität und Mitarbeit in entsprechenden Institutionen;
- Verstärkung der globalen Kooperation über geografische, politische und religiöse Grenzen hinweg;
- Bemühungen um gemeinsame Förderung von Religions- und Glaubensfreiheit, Informationsaustausch und Mobilisierung effektiver Reaktionen.

**8.** Die Charta von Oslo dient als strategischer Ausgangspunkt und Richtschnur für die Arbeit der Mitglieder der IPPFoRB und verpflichtet sie dazu, im Sinne der Religions- und Glaubensfreiheit aktiv zu werden. Die Aktivitäten der IPPFoRB werden von einem Lenkungsausschuss von Abgeordneten koordiniert und durch ein Sekretariat unterstützt.

**9.** Es gibt keine formale Mitgliedschaft. Der IPPFoRB gehören Abgeordnete aus aller Welt an, die sich für den Kampf gegen Verfolgung aufgrund des Glaubens oder der Religionszugehörigkeit und für die Förderung der Religions- und Glaubensfreiheit für alle engagieren. Gegenwärtig vereint sie rund 130 Abgeordnete aus über 45 Ländern.

Die Verpflichtung des IPPFoRB sich regional, politisch und religiös vielfältig aufzustellen führt dazu, dass das Netzwerk von Jahr zu Jahr weiter wächst.

## Bisherige Arbeit

**10.** Der große Mehrwert der IPPFoRB ist ihre Fähigkeit, als Katalysator und Koordinatorin gemeinsamer Initiativen von Abgeordneten zur Verteidigung von Religions- oder Glaubensfreiheit zu aktiv zu werden.

### Interventionen

**11.** In Fällen, in denen Religionsfreiheit akut bedroht ist, setzt die IPPFoRB sich engagiert dafür ein, das politische Kapital von Abgeordneten zu mobilisieren. Bis heute hat die Organisation 17 Schreiben an Staatschefs verschiedener Länder (u. a. Myanmar, Pakistan, Nordkorea, Indonesien und Sudan) adressiert, um ihrer Besorgnis über Fälle von bedrohter Religionsfreiheit Ausdruck zu verleihen.

**12.** Als Ergebnis dieser Initiativen konnten bislang die Gefängnisstrafen von insgesamt drei Personen reduziert oder ganz aufgehoben bzw. eine Zurücknahme der Anklagen gegen sie aus Mangel an Beweisen erreicht werden.

**13.** In anderen Fällen führte der schriftliche Appell zu einem strukturierten Dialog zwischen Abgeordneten und der betreffenden Regierung. Als Ergebnis eines dieser Schreiben wurde etwa der brasilianische Senator Leonardo Quintão, Mitbegründer der IPPFoRB, zu einem Gespräch in die nordkoreanische Botschaft in Brasilien eingeladen, um in dem Brief angesprochene Fragen der Religions- und Glaubensfreiheit zu diskutieren.

### Solidaritätsbesuche

**14.** Zur Unterstützung ihrer Intervention für eine Änderung der Rassen- und Religionsgesetze in Myanmar führte die IPPFoRB vom 15. bis 20. August 2016 in dem Land ihre erste Informations- und Solidaritätsmission durch. Die Delegation bestand aus sechs Abgeordneten

aus fünf Ländern und fand zu einer Zeit statt, als das Land nach vier Jahren weitreichender Reformen einige grundlegende Änderungen durchlaufen hatte.

**15.** Der Besuch machte deutlich, dass myanmarische Abgeordnete bei der Aufrechterhaltung des Rechts auf Religions- oder Glaubensfreiheit eine wichtige Rolle spielen können; jedoch wird es dazu wohl langfristiger Unterstützung und Bewusstseinsbildung bedürfen. Gegen die vehemente Opposition gewalttätiger buddhistisch-nationalistischer Gruppen konnten mittlerweile Diskussionen über die Möglichkeit einer Revision der entsprechenden Gesetze initiiert werden. Eine stärkere Kooperation und engere Anbindung an das IPPFoRB-Netzwerk könnten zur Unterstützung dieses Prozesses einen wichtigen Beitrag leisten.

### **Seminare und Kapazitätsaufbau**

**16.** Im September 2015 veranstaltete die IPPFoRB in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung ein Seminar zum Thema Kapazitätsaufbau in Fragen der Religions- und Glaubensfreiheit, an dem 92 Abgeordnete aus 47 Ländern und acht unterschiedlichen religiösen Traditionen teilnahmen. Im September 2016 luden die IPPFoRB und die Konrad-Adenauer-Stiftung zu einem zweiten Parlamentarierseminar nach Berlin ein, dem sich eine eintägige öffentliche Konferenz, die von Bundeskanzlerin Angela Merkel eröffnet wurde, an. Gastgeber dieser Konferenz war die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

**17.** Als Ergebnis dieser Veranstaltungen haben sich einzelne Abgeordnete zu nationalen und regionalen Gruppierungen zusammengeschlossen, um gemeinsam für den Kampf gegen religiöse Verfolgung und die Förderung der Religions- und Glaubensfreiheit für alle einzutreten. Ländergruppen existieren mittlerweile in Brasilien, Pakistan, Norwegen, Dänemark, Südafrika und Nepal; 2015 wurde die IPPFoRB Lateinamerika ins Leben gerufen.

**18.** Diese nationalen und regionalen Gruppen unterstützen und fördern die Abgeordneten bei der Verteidigung der Religions- und Glaubensfreiheit.

**19.** In den weniger als fünf Jahren ihres Bestehens hat die IPPFoRB einiges bewegt. Dies zeigt klar, wie wichtig es ist, Abgeordnete in die Bewältigung der Herausforderungen in diesem Bereich einzubeziehen.

**20.** Mit ihren Kompetenzen in der Gesetzgebung und Kontrolle der Regierung haben Abgeordnete eine einzigartige Funktion. Darüber hinaus sind sie in der Lage, in der politischen und öffentlichen Debatte Themen zu setzen und Räume für zivilgesellschaftliches Handeln zu schaffen.

**21.** Informierte und aufgeklärte Abgeordnete können positive Veränderungen bewirken, indem sie adäquate Gesetze formulieren und verabschieden und/oder bestehende Gesetze ändern. Dies wiederum trägt zu einer Atmosphäre bei, in der Religionsgemeinschaften friedlich miteinander leben können und die Regierung die Menschenrechte achtet, schützt, fördert und mit Leben füllt, einschließlich des Rechts auf Religions- und Glaubensfreiheit für alle.

## Der Weg in die Zukunft

**22.** Die IPPFoRB wird auch in Zukunft Ressourcen und Wissen für Abgeordnete zur Verfügung stellen, damit jene zu positiven Veränderungen in ihren Ländern beitragen können. Ihre Mitglieder werden sich auch weiterhin über geografische, politische und religiöse Grenzen hinweg gegenseitig in ihren Bestrebungen unterstützen. Im Rahmen dieser Arbeit wird die IPPFoRB 2017 erneut einen Solidaritätsbesuch nach Myanmar unternehmen sowie ein regionales Seminar für Abgeordnete der ASEAN-Länder in Bangkok veranstalten. Ferner soll die Arbeit der IPPFoRB Lateinamerika unterstützt und weiterentwickelt werden. Diese Initiativen werden die Arbeit des internationalen Parlamentariernetzwerks noch weiter unterstützen und stärken.

Mehr unter <http://ippforb.com>



# Freiheit in Verantwortung

Das christliche Menschenbild und unsere aktuelle Wirtschafts- und Sozialpolitik

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Fuchs, und der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Peter Weiß, sprechen über das „C“ als Kompass für die aktuelle Wirtschafts- und Sozialpolitik.

**Herr Fuchs, welche Rolle spielt das Christentum für Ihre politischen Grundüberzeugungen?**

*Michael Fuchs:* Religion hat in meinem Leben immer eine erhebliche Rolle gespielt – und zwar keineswegs nur in der Politik. Ich bin ein gläubiger Mensch. Für mich haben christliche Werte für das Zusammenleben der Menschen

Peter Weiß (links)  
im Gespräch mit  
Michael Fuchs



zentrale Bedeutung. Das färbt logischerweise auch auf meine politische Einstellung ab.

### **In welcher Weise?**

*Fuchs:* Aus dem christlichen Weltbild leite ich zwei zentrale Werte ab, die Freiheit und die Subsidiarität, also den Wert der Eigenverantwortung des Menschen und die Pflicht jedes Einzelnen, für sich und die ihm Anvertrauten zu sorgen. Jeder Mensch sollte sich in diesem Sinne erst einmal selbst entwickeln können und der Staat darf ihm dabei möglichst nicht im Weg stehen. Auch der Freiheitsgedanke gehört für mich untrennbar zum Christentum. Freiheit ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen verantwortungsbewusst handeln können. Nur in einem freiheitlichen System kann sich der Christenmensch entwickeln. In autoritären Systemen ist das nicht möglich. Ob es die Nazis waren oder die Stalinisten oder die Islamisten: Überall wurde oder wird die Religionsfreiheit eingeschränkt.

### **Herr Weiß, hat das Christentum für Ihr Leben und für Ihre politische Grundhaltung eine ebenso zentrale Bedeutung?**

*Weiß:* Ich bin mit der katholischen Kirche aufgewachsen, war in der christlichen Jugendarbeit aktiv und als Pfadfinder. Und ich bin dann beruflich beim Deutschen Caritasverband und damit in der kirchlichen Sozialarbeit gelandet. Für mich ist das bis zum heutigen Tag prägend. Deswegen bin ich auch ehrenamtlich neben der Bundestagstätigkeit in verschiedenen kirchlichen Aufgaben aktiv. Glauben und das politische Engagement gehören für mich untrennbar zusammen.

### **Prägt das auch Ihre Überzeugungen als Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe?**

*Weiß:* Zweifellos. Zu den wichtigen Grundlagen der Programmatik von CDU und CSU gehört schließlich die Soziallehre der Kirchen.

*Fuchs:* Die aber relativ neu ist, wie Du weißt. Es ist ja nicht so, dass die christliche Soziallehre schon auf die Zeiten der zwölf Apostel zurückgehen würde.

*Weiß:* In der Tat stammt die christliche Soziallehre aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Sie war eine Antwort auf die Herausforderungen der Industrialisierung und auf die sozialistische Arbeiterbewegung. Es war der Versuch, einen dritten Weg zu gehen zwischen dem Kapitalismus in den besonderen Ausprägungen des Frühkapitalismus und sozialistischen Ideen. Für mich persönlich und auch für die Programmatik der Union sind die beiden Grundprinzipien, die damals in der katholische Soziallehre entwickelt wurden, immer noch von herausragender Bedeutung: Solidarität und Subsidiarität.

**Was bedeutet das konkret für die heutige Wirtschafts- und Sozialpolitik?**

*Weiß:* Wir brauchen Solidarität, damit der Sozialstaat funktioniert. Aber wir dürfen den Menschen durch den Staat auch nicht vereinnahmen. Die Subsidiarität gibt das Prinzip vor, dass der Einzelne, die Familien, die kleineren Gemeinschaften und auch nichtstaatliche Akteure Vorrang haben vor dem Staat. Die christliche Soziallehre hat auch nichts von ihrer Aktualität verloren, wenn es um die Sozialpartnerschaft als Ordnungsprinzip der Wirtschaft geht. Wir wollen weder den Klassenkampf noch das einseitige Arbeitgeberdiktat.

*Fuchs:* Das es ja nun schon lange nicht mehr gibt.

**Herr Fuchs, welche Rolle spielt die christliche Soziallehre für Ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Überzeugungen?**

*Fuchs:* Aus meiner Sicht dürfen wir sie nicht als einzigen Leitsatz nehmen. Für mich ist immer auch der Freiheitsgedanke wichtig. Wirtschaftspolitisch lässt sich das zum Beispiel auf die Tarifautonomie übertragen. Die Tarifverträge sollen die Arbeitgeber alleine mit den Arbeitnehmern aushandeln.

*Weiß:* Und die Tarifvertragsparteien machen das auch in der Tat besser als der Staat.

*Fuchs:* Ganz zentral ist für mich aber auch die Bedeutung des Wettbewerbs. Viele Menschen lehnen Wettbewerb

ab. Aber wer nicht im Wettbewerb steht, muss sich auch nicht anstrengen. Im Endeffekt gibt es dann Monopole und von denen hat niemand etwas.

**Und welche Rolle bleibt dann dem Staat?**

*Fuchs:* Der Staat kann Leitplanken setzen. Aber nur Leitplanken – und dazwischen müssen sich die Akteure so frei wie möglich bewegen können. Ich sehe meine Aufgabe nicht zuletzt darin, dafür zu sorgen, dass diese Leitplanken genügend Spielraum lassen. Ich ärgere mich immer wieder, wenn der Staat die Spielräume eingrenzt. Zu meiner christlichen Überzeugung gehört auch, dass jeder und jede Aufstiegschancen bekommt. Niemand darf zurückgelassen werden, egal welche Herkunft er oder sie hat. Aber ich darf auch niemanden dazu zwingen. Es muss zum Beispiel nicht jeder Abitur machen.

**Herr Weiß, Sie würden die Leitplanken vermutlich etwas enger und etwas höher setzen als Herr Fuchs?**

*Weiß:* Das große Erfolgsmodell der Bundesrepublik ist die soziale Marktwirtschaft, die einen klaren Bezug zur christlichen Soziallehre hat. Auch die Begründer der sozialen Marktwirtschaft haben sehr stark aus ihrem christlichen Glauben heraus argumentiert. Sowohl diejenigen, die sich mehr um Wirtschaftsthemen kümmern, als auch diejenigen, die sich mehr um die sozialen Themen kümmern, stehen in der Union auf dieser Grundlage. Unsere Diskussionen gehen tatsächlich um die Frage, wie hoch die vom Staat gesetzten Leitplanken sein sollen. Aber der große Schatz und auch Vorteil der Union besteht darin, dass wir dieselben Grundprinzipien teilen.

**Sie sind ja beide schon länger in der Fraktion aktiv. Hat sich die Bedeutung der Religion für die Politik in dieser Zeit verändert?**

*Fuchs:* Ja. Auch wenn der Anteil von überzeugten Christen in unserer Fraktion noch immer sehr viel höher ist als in allen anderen Fraktionen, hat die Bedeutung der Religion auch in der CDU/CSU-Fraktion abgenommen. Das merken Sie allein daran, wie auch bei uns mittlerweile über

bestimmte Themen wie etwa Homosexualität oder sogenannte Gender-Fragen diskutiert wird. Wenn ich damit vor 30 Jahren gekommen wäre, hätte man mich aus der Sitzung gejagt.

*Weiß:* Die weiter voranschreitende Säkularisierung unserer Gesellschaft und die Abnahme der aktiven Teilnahme am religiösen Leben spiegeln sich selbstverständlich auch in der Bundestagsfraktion und in unseren Parteien wider. Vergleicht man die Union aber mit anderen politischen Gruppierungen, gibt es bei uns nach wie vor eine sehr große Zahl von Kolleginnen und Kollegen, die in der Kirche, ihren Einrichtungen und Verbänden ehrenamtlich aktiv ist – von der kirchlichen Jugendarbeit über Pfarr- und Kirchengemeinderäte bis ins Zentralkomitee der deutschen Katholiken oder die Synoden. Das ist im Vergleich zu den anderen Fraktionen im Bundestag ein glasklarer Unterschied.

*Fuchs:* Aber es ist weniger geworden. Mich stört im Übrigen, wie wenig sich die christlichen Kirchen in Deutschland mit ihrem Bedeutungsverlust in der Gesellschaft auseinandersetzen. Ich war viele Jahre Messdiener und da waren die Kirchen noch voll – und zwar nicht nur an Heiligabend und am Ostersonntag. Ich bin oft in Italien und da ist das nach wie vor so. Wenn Sie sonntags nicht rechtzeitig in der Kirche sind, finden Sie keinen Sitzplatz mehr.

**Das ist in Deutschland eher die Ausnahme.**

*Fuchs:* Bei uns können sie mittlerweile auch zehn Minuten später kommen und viele Bänke sind immer noch leer. Geht's uns in Deutschland vielleicht zu gut? In Italien gibt es übrigens keine Kirchensteuer. Vielleicht müssen sich die Geistlichen da auch deshalb etwas mehr anstrengen als bei uns. Natürlich ist Italien katholischer als Deutschland. Aber die Kirchen sollten sich bei uns schon etwas mehr Gedanken machen, warum sie auch beim Priesternachwuchs solche Probleme haben.

*Weiß:* Leider werden junge Menschen von der evangelischen und der katholischen Kirche auch kaum noch dazu

motiviert, sich politisch zu engagieren. Ich selbst bin über die kirchliche Jugendarbeit bei den Pfadfindern zur Politik gekommen. Die Kirchen und die kirchlichen Verbände sollten sich die Frage stellen, ob sie ihre Mitglieder nicht wieder stärker dazu ermutigen wollen, in Parteien politisch aktiv zu werden – oder ob sie es vorziehen, aus der Ferne kritisierend nebenherzulaufen.

### **Spiele konfessionelle Unterschiede in der Fraktion noch eine Rolle?**

*Fuchs:* Nein. Weder im Bundesvorstand der CDU, dem ich ja auch lange angehört habe, noch in der Bundestagsfraktion habe ich es jemals erlebt, dass etwa bei der Besetzung einer Position danach gefragt wurde, ob jemand katholisch oder evangelisch ist. Das war zu Adenauers Zeiten natürlich noch anders.

*Weiß:* Wie sehr das „C“ unsere gemeinsame Unionsfraktion trotz aller kritischen Entwicklungen nach wie vor prägt, zeigt sich immer wieder bei Debatten über sozial-ethische Fragestellungen. So tief und so intensiv wie bei uns wird in keiner anderen Fraktion über den Schutz des Lebens diskutiert – ehrlich, offen und aus tiefen Grundüberzeugungen heraus.

### **Zum Beispiel bei den Debatten über Sterbehilfe oder zum Embryonenschutz.**

*Fuchs:* Bei diesen Themen spielt für mich der christliche Glaube ebenfalls eine zentrale Rolle. Übrigens auch bei meiner Haltung zum Wert des menschlichen Lebens.

*Weiß:* Ich habe mich bei so schwierigen Entscheidungen auch immer sehr stark daran orientiert, was ich als gläubiger Mensch vertreten kann. Aber ich will den anderen Kollegen, die sich in diesen Fragen zum Teil anders entschieden haben, nicht absprechen, dass sie nicht in gleicher Weise mit sich und ihren Überzeugungen gerungen haben. Das ist das Entscheidende, dass wir auch als C-Fraktion in solchen Fragen keine strikte Linie vorgeben, sondern dass wir in großer Ernsthaftigkeit um die richtigen Antworten ringen. Darauf kann die CDU/CSU-Fraktion stolz sein.

# Verzweifelten die Verzweiflung nehmen, nicht das Leben

Über den Schutz der Menschenwürde am Ende des Lebens

„Die beste Zeit meines Lebens“ – als die Wochenzeitung „Die Zeit“ im August 2015 ihre Titelseite mit dieser Schlagzeile zum Thema Sterbebegleitung schmückte, war das ein Beweis mehr dafür, dass die Diskussion hierzu in der Mitte der Gesellschaft angekommen war.



**Michael Brand MdB**  
Vorsitzender der Arbeitsgruppe  
Menschenrechte und humanitäre  
Hilfe der CDU/CSU-Bundestags-  
fraktion

Das ist auch ein Erfolg der konkreten Initiativen aus der Mitte des Parlaments, die schließlich zu zwei kraftvollen Signalen für den Schutz des Lebens in besonders schwachen und verletzlichen Phasen führten: So wird mit dem Palliativ- und Hospizgesetz die Versorgung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland erheblich verbessert. Und mit der Entscheidung zum Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung werden jene um sich greifenden Angebote unter Strafe gestellt, die ein Geschäftsmodell aus der Hilfe zur Selbsttötung machen. Für

viele überraschend war am Ende die breite Mehrheit, mit der der Deutsche Bundestag sich auch zu diesem zweiten Schritt entschlossen hat – zum Schutz der Selbstbestimmung gerade der Verletzlichsten.

Bis zu dieser Entscheidung war es ein langer Weg, den eine Gruppe von Abgeordneten aus allen Fraktionen beschritt, die sich 2015 gefunden hatte. Ich hatte das Glück, einer der Initiatoren dieses Gruppenantrages zu sein. Ich selbst bin mit einem durch ein jahrzehntelanges Leiden schwer gezeichneten Vaters aufgewachsen, der

in meinem Geburtsjahr 1973 an Krebs erkrankt war – Krankheit und Tod waren so in meinen Kindertagen stete Begleiter. Jahrzehnte später, als der Schwiegervater an der gleichen Krankheit litt, haben wir in der Familie konkret erlebt, wie gute Palliativ- und Hospizversorgung in schwierigen Phasen helfen kann. Für flächendeckende Angebote im ganzen Land zu sorgen, war deshalb für mich ein großer Antrieb bei der parlamentarischen Arbeit.

Der Bundestag verbot 2015 die geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung. Sterbende sollen an der Hand, nicht durch die Hand eines anderen sterben.





## Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung

Unser gemeinsamer Leitsatz in der Gruppe war: Sterbende sollten an der Hand und nicht durch die Hand eines Mitmenschen sterben. Dem liegt ein Menschenbild zugrunde, das den Menschen in jeder Phase seines Lebens annimmt, ihn begleitet, ihm hilft, zuhört und die Hand reicht. Für mich persönlich folgt diese Haltung aus meiner christlichen Überzeugung von der Gottes Ebenbildlichkeit des Menschen. Andere Kollegen sind den gemeinsamen Weg aus anderen Überzeugungen mitgegangen.

Kontrovers, sensibel und leidenschaftlich ging es im Parlament zu. Man nahm sich die notwendige Zeit für das „vielleicht anspruchsvollste“ Gesetzesvorhaben dieser Wahlperiode, so Bundestagspräsident Norbert Lammert zu Beginn der außergewöhnlichen Orientierungsdebatte.

Handlungsbedarf war dadurch entstanden, dass sich Anbieter in Deutschland etablierten, die geschäftsmäßig für Suizidassistenten werben und damit den Suizid fördern. Der Gesetzgeber musste entscheiden, ob er die Entwicklung laufen lässt – mit der absehbaren Entwicklung einer Ausweitung solcher Angebote – oder ob und wie er eingreift. Der über viele Monate mit Experten, Ärzten, Palliativ- und Hospizbewegung, Juristen, Kirchen und Betroffenen erarbeitete Gruppentrag war der Weg der Mitte. Wir haben es uns mit dem Gesetz nicht einfach gemacht – weil es in diesen Grenzbereichen des Lebens keine einfachen Antworten gibt. Wir haben uns entschlossen, die schleichende Ausweitung eines geschäftsmäßigen Umgangs mit dem Sterben einzudämmen.

### Sterben an der Hand, nicht durch die Hand eines Menschen

Egal ob christlich motiviert oder nicht – diese Überzeugung einte uns: Es darf in keinem Bereich der Gesellschaft zu einer Selektion kommen, die zu einer Kategorisierung des Lebens in noch lebenswert oder nicht mehr lebenswürdig führt.



Was würde dies für eine Welt sein, in der wir statt zu menschlicher Hilfe und zum Mitleiden zur technischen Lösung als Dienstleistung greifen würden? „Sterbehilfe“ für Lebensmüde, bei Demenz oder sogar wegen eines unerträglichen Tinnitus – das findet in einigen Nachbarländern bereits seit langem statt. Und ist es nicht absehbar, dass sich Menschen in einer alternden und zunehmend vereinzelter Gesellschaft immer häufiger zu diesem Ausweg gedrängt sehen würden? Die vermeintlichen „Einzelfälle“ in Belgien, der Schweiz und anderswo haben bereits eine tödliche Wirkung entfaltet, jährlich steigen die Zahlen im zweistelligen Prozentbereich seit Einführung der aktiven Sterbehilfe sowie der geschäftsmäßigen Suizidbeihilfe. Selbst Kinder werden unter Geltung dieser Regelungen bereits getötet. Die angeblich strikten Kriterienkataloge werden immer wieder ausgeweitet.

Die Bilanz ein Jahr nach dem Bundestagsbeschluss ist ermutigend: Das Palliativ- und Hospizgesetz befördert den Kulturwandel bei der Sterbebegleitung und das Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung (§ 217 StGB) wirkt zielgenau und präventiv. Alle düsteren Prognosen sind nicht eingetreten. Es ist bislang keine einzige Verurteilung bekannt geworden, schon gar nicht der „Staatsanwalt am Krankenbett“. Im Gegenteil, die Einschätzung der großen Mehrheit der Palliativmediziner bestätigt den Gesetzgeber, dass er mit einer maßvollen Regelung das gesetzte Ziel erreicht. Eine Kriminalisierung von Ärzten findet nicht statt, die Selbstbestimmung wird gerade in schwierigen Lebensphasen geschützt. Dennoch geht die Debatte weiter und braucht weiter die gesellschaftliche Unterstützung – die breite Mehrheitsentscheidung des Parlamentes wird mittlerweile juristisch angefochten.

## Das Sterben ein gutes Stück aus der Tabuzone geholt

Nicht allein im Parlament, sondern auch in vielen Veranstaltungen, in Gesprächen in Familien und unter Freunden ist das Thema Sterben ein gutes Stück aus der Tabuzone geholt, sozusagen in die Mitte der Gesellschaft zurückgebracht worden. Es wird heute mehr über

menschliche Sterbebegleitung gesprochen, über Ängste, über Hoffnungen. Oft waren es die Zwischentöne, die den Unterschied ausgemacht haben. Manche sehr persönliche Gespräche haben tief in uns etwas bewegt. Für diesen Zugewinn an Menschlichkeit können wir dankbar sein.

Es wird so unendlich viel an menschlicher Hilfe und an Zuwendung erbracht von Familienangehörigen, von Ehrenamtlichen, von Hauptamtlichen in Hospizen, in Krankenhäusern, in Pflegeeinrichtungen, in Palliativteams und an vielen anderen Stellen. Das ist beeindruckend und verdient Respekt.

Viele kennen den sehr anrührenden französischen Film „Ziemlich beste Freunde“. Der Film beruht auf der wahren Geschichte eines sehr erfolgreichen und bekannten Unternehmers, der nach einem Absturz beim Gleitflug vor 20 Jahren vom Hals abwärts komplett gelähmt ist. Er wollte deshalb nicht weiterleben, aber er fand laut seiner Aussage niemanden, der ihm beim Suizid half. Für einen derart gelähmten Menschen sei ein Suizid eben kompliziert zu bewerkstelligen.

Wenige Tage vor der Bundestagsentscheidung sagte er: „Heute würde ich mein Leben niemals aufgeben wollen. Im Gegenteil: Die wiederkehrenden Debatten um eine Vereinfachung der Sterbehilfe ängstigen mich. Ich fürchte manchmal, unsere Gesellschaft könnte in ihrem Optimierungswahn einen Automatismus dieser Methode akzeptieren.“ Dieser Perspektivwechsel, dieses Beispiel eines sehr selbstbewussten Menschen zeigt: Niemand, wirklich niemand, ist unter Druck vor Fehlschlüssen sicher.

# Kirchen- und religionspolitische Bilanz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der 18. Wahlperiode

Am 26. November 2014 begründet der Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion das **interreligiöse Dialogformat „Mit Religion im Dialog“** mit Vertreterinnen und Vertretern der christlichen Kirchen, der maßgeblichen Religionsgemeinschaften in Deutschland sowie ausgewählten religiösen Minderheiten. Das Gremium tagt fortan halbjährlich, um Themen im kooperativen Verhältnis zwischen Staat und Kirche bzw. Religion zu bearbeiten.

---

Am 30. November 2014 ist die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Mitbegründer eines überparteilichen Parlamentariernetzwerks zur Religionsfreiheit: **„International Panel of Parliamentarians for Freedom of Religion or Belief“ (IPPFoRB)** in Oslo.

---

Zwei Jahre später ist die **Parlamentarierkonferenz** auf Einladung des Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder am 24. September 2016 zu Gast bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag. Mehr als 100 Abgeordnete aus 60 Ländern nehmen an der Konferenz in Berlin unter Beteiligung von Bundeskanzlerin Angela Merkel teil.

---

Am 2. Juli 2015 beschließt der Deutsche Bundestag eine gemeinsame Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen für einen

erstmaligen **Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Glaubensfreiheit** (Bundestagsdrucksache 18/5206 vom 17.06.2015). Der Bericht wird von der Bundesregierung bzw. dem Auswärtigen Amt im Juni 2016 dem Deutschen Bundestag vorgelegt (Bundestagsdrucksache 18/8740).

---

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestags als Schwerpunkt die Behandlung des Themas **„Religionsfreiheit und Demokratieentwicklung“** durch. Am 2. Dezember 2015 findet hierzu eine **öffentliche Anhörung** statt.

---

Am 7. Mai 2016 wird eine langjährige Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gemeinsam mit befreundeten Fraktionen anderer EU-Länder wie dem ÖVP Parlamentsklub in Österreich realisiert: **Ján Figel** wird von EU-Kommissionspräsident Jean Claude Juncker zum **ersten EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit** ernannt. Das Mandat wurde im Mai 2017 von ursprünglich einem Jahr auf zwei Jahre verlängert. Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich für eine Verstärkung des Mandats und eine adäquate finanzielle Ausstattung ein.

---

Als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag befasst sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wiederholt intensiv und unter Einbeziehung

der Öffentlichkeit mit **Übergriffen auf Christen in deutschen Flüchtlingsunterkünften**. Mit Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird am 23. März 2016 ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung bewachungsrechtlicher Vorschriften beschlossen. Dieser soll die Auswahl und Qualität der Sicherheitsunternehmen vor Ort verbessern. Darüber hinaus erfassen die Bundesländer künftig die Vorfälle in einer gesonderten Rubrik für religiös motivierte Straftaten. Frauen, die Opfer eines – auch religiös motivierten – Übergriffs werden, können sich an eine zentrale Hotline beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wenden.

Am 2. Juli 2015 diskutiert der Deutsche Bundestag in einer historischen Debatte über eine

Neuregelung bzw. ein **Verbot der Sterbebeihilfe**. Am 6. November 2015 wird mit großer Mehrheit der Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion der Gesetzentwurf für ein Verbot der geschäftsmäßigen Sterbebeihilfe beschlossen. Damit wird dem ethisch fragwürdigen Modell einer auf Gewinn ausgerichteten Sterbebeihilfe der Riegel vorgeschoben.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion treibt das **Verbot von Kinderehen** voran. Nach einem von der Fraktion geforderten Gesetzentwurf liegt künftig das generelle Ehemündigkeitsalter in Deutschland bei 18 Jahren. Auch Kinderehen nach religiösem Ritus sind künftig verboten und stehen unter Strafe. Ein Geistlicher, z.B. ein Imam, kann sich damit nicht mehr über staatliches Recht stellen.

Bei der internationalen Parlamentarierkonferenz 2016 in Berlin diskutierten 100 Abgeordnete aus aller Welt über den Kampf für Religionsfreiheit.



# Impressum

## **Herausgeber**

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Max Straubinger MdB  
Parlamentarische Geschäftsführer

## **Kontakt**

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Presse und Information  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
T 030. 2 27-5 53 74  
F 030. 2 27-5 01 46  
pressestelle@cducsu.de  
www.cducsu.de

## **Bürgerinformation**

T 030. 2 27-5 55 50  
fraktion@cducsu.de

## **Gestaltung**

adlerschmidt kommunikationsdesign gmbh, Berlin

## **Druck**

Ruksaldruck, Berlin  
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiger  
Waldbewirtschaftung

## **Stand**

Mai 2017

## **Bildnachweis**

Titelseite: Anette L. Rasmussen/Shutterstock; S. 2: Laurence Chaperon;  
S. 7: Erzbischoefliches Ordinariat Muenchen; S. 10: Julia Nowak; S. 13:  
epd/mck; S. 14: Luther 2017; S. 17: Sebastian Willnow/Picture Alliance;  
S. 19: Laurence Chaperon; S. 23: Julia Nowak; S. 25: BMZ/photothek.net;  
S. 29: Florian Plaucheur; S. 31: Michael Gottschalk/photothek.net; S. 32:  
Friso Gentsch/Picture Alliance; S. 37: Jochen Zick/Action Press; S. 41:  
Jens Büttner/Picture Alliance; S. 43: Laurence Chaperon; S. 44: Ulrich  
Baumgarten/Picture Alliance; S. 47: Thomas Imo/photothek.net; S. 48:  
Thomas Imo/photothek.net; S. 52: Thomas Imo/photothek.net; S. 55:  
Eventpress Stauffenberg/Picture Alliance; S. 57: Thomas Trutschel/  
photothek.net; S. 61: Thomas Schirmmacher; S. 62: Valeriy Melnikov/

Picture Alliance; S. 69: Tobias Koch; S. 71: Mohamed Messara/Picture Alliance;  
S. 79: Steven Rösler; S. 85: Tobias Koch; S. 86: Hans Wiedl/Picture Alliance;  
S. 91: Steven Rösler

Die Fotos dieser Broschüre sind urheberrechtlich geschützt.



Die Textbeiträge werden unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/>

Sie dürfen das Textwerk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen:

#### **Namensnennung**

Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Zitierhinweis: „Kompass ‚C‘. Das christliche Menschenbild als Grundlage für die Politik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.“

Sie müssen einen Link zur Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

